



# Gemeinde Obersiggenthal

## Protokoll des Einwohnerrates

<b>Amtsperiode</b>	2018/2021
<b>7. Sitzung</b>	Donnerstag, 29. November 2018 19.00 Uhr, Aula Oberstufenschulzentrum
<b>Vorsitz</b>	Christian Keller, Präsident
<b>Protokoll</b>	Romana Hächler, Gemeindeschreiberin II
<b>Stimmzähler</b>	Andreas Baumgartner Ralph Hunziker
<b>Anwesend</b>	39 Mitglieder des Einwohnerrates 5 Mitglieder des Gemeinderates Gemeindeschreiber Simon Knecht
<b>Entschuldigt</b>	Daniel Jenni
<b>Ende der Sitzung</b>	22.45 Uhr

<b>Behandelte Geschäfte</b>		<b>Seite</b>
1	2018/45 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll	175
2	2018/49 Inpflichtnahme von Friedrich Wollmann, SP, anstelle von Christine Brüesch	176
3	2018/46 Hallen- und Gartenbad, Baukredit von CHF 13'875'700	176
4	2016/16 Kommunalen Gesamtplan Verkehr (KGV); Verpflichtungskredit von CHF 57'500 / Parkraumkonzept (PRK); Verpflichtungskredit von CHF 55'500	194
5	2018/47 Zusammenschluss zur Spitex Limmat-Aare-Reuss (Spitex LAR), Genehmigung der Leistungsvereinbarung	199
6	Kreditabrechnungen	201
	2015/12 a) Hallen- und Gartenbad, Übergabe Unterlagen an neues Architekturbüro	
	2015/12 b) Hallen- und Gartenbad, Planungskredit für Variantenentscheid	

	2012/12	c) Öffentliches Kanalisationsnetz; Erneuerung von Kanalfernsehaufnahmen und Schachtprotokollen	
	2018/10	d) Sporthalle Obersiggenthal, dringende Sanierung Flachdach	
7	2018/29	Postulat Grünen-Fraktion betreffend Einführung einer Sozialkommission	201
8	2018/44	Motion betreffend Tempo 30 Hertensteinstrasse	204
9	2018/48	Umfrage	204

**Christian Keller, Präsident:** Ich begrüsse Sie zur 7. Einwohnerratssitzung in dieser Legislatur. Wir haben ein zusätzliches Traktandum, die Inpflichtnahme von Friedrich Wollmann, SP, anstelle von Christine Brüesch. Das Traktandum 8 entfällt, weil die Motion, betreffend Tempo 30 Hersteinstrasse zurückgezogen wurde. Es haben sich folgende Ratsmitglieder für die heutige Einwohnerratssitzung entschuldigt: André Kummer und Daniel Jenni. Ursula Spinnler hat sich bereit erklärt, als Stimmzählerin auszuhelfen. Es sind im Moment 37 vereidigte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr beträgt 19. Ihr habt alle ein Insieme Biberli auf dem Tisch, die Biberli wurden aus dem Budget, das dem Ratspräsidium zur Verfügung steht, finanziert. Das Geld kommt Menschen mit einer geistigen Behinderung zugute.

## 1      2018.45      Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll

Zum **Formellen:** Sie haben die Traktandenliste zusammen mit den Unterlagen erhalten. Nach unbenutzter Referendumsfrist sind am 22. Oktober 2018 folgende dem fakultativen Referendum unterstellten Beschlüsse des Einwohnerrates vom 13. September 2018 in Rechtskraft erwachsen: Genehmigung Verpflichtungskredite General-Guisan-Strasse / Kornweg, Nussbaumen: CHF 200'000 für Reparaturarbeiten an Strassen, CHF 492'000 für den Ersatz alter Wasserleitungen und CHF 8'000 für Reparaturarbeiten Kanalisationsschächte; Genehmigung Globalkredit Fernwärme-Projekt SIBANO, CHF 318'000 für die Erneuerung an Strassenanlagen, CHF 330'000 für die Erneuerung an Wasserleitungen und CHF 54'000 für die Erneuerung an Abwasserschächten; Genehmigung Kreditabrechnung Landinformations-System (LIS).

Nach unbenutzter Referendumsfrist sind am 5. November 2018 folgende dem fakultativen Referendum unterstellten Beschlüsse des Einwohnerrates vom 26. und vom 27. September 2018 in Rechtskraft erwachsen: Genehmigung Budget 2019 mit einem Gemeindesteuerfuss von 105%; Genehmigung im Zusammenhang mit der Einführung einer Geschäftsleitung Obersigenthal; Genehmigung von 60 Stellenprozente für die Einführung einer Geschäftsleitung in der Verwaltung; Genehmigung der Anstellungsbedingungen des Gemeindeammanns und Entschädigung der Mitglieder des Gemeinderates.

Zu den **Mitteilungen:** Ich habe ein Rücktrittsschreiben von Daniel Meier als Mitglied der Finanzkommission erhalten. Das Schreiben wird vorgelesen. Wir danken Daniel Meier für seine Mitarbeit in der Finanzkommission. Die Vakanz wird im Januar 2019 neu gewählt. Das Ersatzmitglied muss ein Mitglied des Einwohnerrates sein. Die CVP hat bereits bekannt gegeben, dass sie auf einen Ersatz verzichten, es liegt nun an den anderen Fraktionen eine Person aus dem Rat zu finden, die bereit ist, das Amt zu übernehmen.

**Dieter Martin, Gemeindeammann:** Das Vereinssitzungszimmer im 2. Stock des Gemeindegemeinschafts steht den Vereinen wieder zur Verfügung.

Am Homburgteig 10 in Nussbaumen ist eine Teiländerung der Bauzone geplant. Das betrifft die Liegenschaft, welche die Familie Gutknecht bewohnt und bewirtschaftet hat. Seit mehreren Jahren kam es dort vermehrt zu Geruchsemissionen aus der Tierhaltung, die zu starker Unruhe bei der unmittelbar anliegenden Wohnbevölkerung führten. Die Liegenschaft war einfach zu nahe am Wohngebiet. Die Geruchsemissionen führten zu verschiedenen Konflikten, bei denen verschiedentlich Beanstandungen der Anwohner eingegangen sind.

2012 hat die Grundeigentümerschaft beschlossen, den seit vielen Jahren verpachteten Landwirtschaftsbetrieb nicht mehr für die Viehhaltung zur Verfügung zu stellen und hat die Pacht gekündigt. Seither steht der grösste Teil der Liegenschaft leer. Von Erich Gutknecht wird nur noch die Remise für den Gemüsebaubetrieb genutzt. In der Zwischenzeit hat die Grundeigentümerschaft den Gemeinderat gebeten, die Möglichkeit abzuklären, ob und wie das ursprüngliche landwirtschaftliche Mehrzweckgebäude zu Bauzwecken genutzt werden kann. Die baurechtlichen Abklärungen, die der Gemeinderat 2017 getroffen hat, haben gezeigt, dass die Ausbaumöglichkeiten innerhalb der Landwirtschaftszone für nichtlandwirtschaftliche

Zwecke begrenzt sind. Damit das ganze Volumen dieses Gebäudes genutzt und für eine Wohnungsnutzung verwendet werden kann, ist eine Teiländerung der Nutzungsplanung erforderlich. Der Gemeinderat hat ein Planungsteam damit beauftragt, das Ganze zu prüfen. Zudem kam er zum Schluss, dass eine bessere Nutzung nur erreicht werden kann, wenn der Raum um das Wohngebäude herum in eine Dorfzone umgewandelt werden kann. Ausser der Remise, die saniert werden soll, werden alle anderen Gebäude, Silos, Stallungen, Güllengrube etc., die nicht mehr benutzt werden, abgerissen und ausnivelliert. So dass wieder Landwirtschaftsland entsteht. Der Gemüsebaubetrieb wird mit der sanierten Remise weitergeführt. Ein wesentlicher Grund für die kantonale Einwilligung war der historische Hintergrund dieser Liegenschaft. Das ehemalige Wohn- und Ökologiegebäude von 1840, am Hombergsteig 10 liegt an einem sogenannten historischen Verkehrsweg, dieser führte von Oberlengnau via Kreuz nach Brugg und ins Siggenthal. Damit man diese historische Bedeutung rechtfertigen kann, muss der Schutz des Gebäudes sichergestellt werden. Es handelt sich um eine Vorinformation, die Vorlage der Mitwirkungsaufgabe erfolgt im Januar 2019. Der Gemeinderat erhofft sich eine wohlwollende Haltung der Bevölkerung und ist davon überzeugt, dass es sich um eine Win-win-Situation handeln wird.

## **2      2018.49      Inpflichtnahme von Friedrich Wollmann, SP, anstelle von Christine Brüesch**

Es folgt die Inpflichtnahme von Friedrich Wollmann, SP, als Ersatz von Christine Brüesch. Die Inpflichtnahme erfolgt nach Art. 2 Abs. 1 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates Obersiggenthal. Ich bitte Friedrich Wollmann nach vorne zu kommen und alle Anwesenden sich zu erheben. Friedrich Wollmann gelobt die Wohlfahrt der Gemeinde Obersiggenthal zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.

Ich gratuliere dir ganz herzlich zur Wahl, heisse dich im Rat willkommen und wünsche dir viel Befriedigung. Es sind somit 38 vereidigte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr beträgt 20.

## **3      2018.46      Hallen- und Gartenbad, Baukredit von CHF 13'875'700**

**Christian Keller:** Für dieses Geschäft nehmen Franziska Grab (Mitglied Baukommission Hallen- und Gartenbad sowie ehemalige Gemeinderätin), Thomas Kuster (Abteilung Bau und Planung), Roger Zeier (Architekt), Florian Bischoff (Landschaftsarchitekt), Thomas Weber (Betriebsleiter Hallen- und Gartenbad), und Andreas Meier (Präsident Baukommission Hallen- und Gartenbad), Einsitz.

\_\_\_\_\_

Eintreten wird nicht bestritten.

\_\_\_\_\_

**Christian Keller:** Es wird zuerst eine Filmsequenz gezeigt.

**Peter Stucki, Gemeinderat:** Ich freue mich sehr, dass ich Ihnen als erste Handlung in meiner Rolle als Gemeinderat den Bericht und die Anfrage zum Erhalt unseres Hallen- und Gartenbades vorlegen darf. Ich habe mir eigentlich erhofft, dass ich als erste Handlung den Ersatz einer defekten Wasserröhre vorschlagen darf. Jetzt haben wir halt mehrere Wasserröhren, aber ich gebe mir Mühe, dass wir am Schluss alle vom Gleichen sprechen und wir das gleiche Verständnis haben. Sie haben in diesem Film vier Aussagen gesehen und gehört:

1. Schwimmen ist in vielen Lebenssituationen überlebensnotwendig.

2. Es gibt auch im Kanton Aargau für alle Schüler zu wenige Gelegenheiten um das Schwimmen zu erlernen.

Sie haben in diesem Film gesehen, wie schön unser Hallen- und Gartenbad ist, es ist eines der schönsten in der Schweiz. Es hat mich ziemlich beeindruckt, dass das Schweizer Fernsehen Obersiggenthal gefunden hat.

Sie haben am 6. November 2018 den Bericht und den Antrag zusammen mit den Sitzungsunterlagen erhalten. Seither lagen im Gemeindehaus die Akten, die Baupläne und die detaillierten Kostenzusammenstellungen zur Einsicht auf. Am 17. November 2018 wurde Ihnen das Projekt vor Ort detailliert vorgestellt und die Gemeinderäte haben an den meisten Fraktionssitzungen teilgenommen. Aufgrund dieser Möglichkeiten, sich im Voraus informieren zu können, fasse ich die wichtigsten Fakten zu unserem Antrag nur noch kurz zusammen. Das Mädchen, das sie rechts im Bild sehen, kennen Sie alle, sie ist heute das Modell der Wintersauna und auch auf den Plakaten zu erkennen. Ich komme zur Chronologie der politischen Entscheide in den letzten Jahren, die Sie zusammen mit dem Gemeinderat getroffen haben.

Am 13. Dezember 2012 hat der Einwohnerrat Kenntnis vom Abschlussbericht des Sanierungskonzepts 1999 genommen. Gleichzeitig hat er einen Auftrag zur Bearbeitung von einzelnen Bauprojekten erteilt und seine Zustimmung zum Bad gegeben. Am 21. Mai 2015 hat der Einwohnerrat einen Verpflichtungskredit für die Erarbeitung eines Sanierungsprojekts abgelehnt und stattdessen den Auftrag zur Prüfung der Reduktion der Betriebskosten erteilt. Am 30. November 2017 hat der Einwohnerrat dem Gemeinderat den Auftrag erteilt, anstelle von einzelnen Sanierungsetappen eine Gesamtschau zu erstellen. Zudem hat er dem Verpflichtungskredit für die Ausarbeitung eines Vorprojektes für die Sanierung und Erhaltung des Hallen- und Gartenbades zugestimmt, dieses legen wir heute vor. Ich erkenne hinter diesem hü und hott in den letzten sechs Jahren nicht wirklich eine Strategie, was wir mit diesem Hallen- und Gartenbad wirklich wollen. Ich hoffe, dass das heute Abend vielleicht eine andere Richtung nimmt. Dieses Hallen- und Gartenbad wird jeden Tag älter und klappriger und wir haben jetzt doch schon mehrere Jahre nichts mehr dafür gemacht. (Es werden verschiedene Folien gezeigt. Diese Folien zeigen weshalb das Betreiben eines öffentlichen Bades durch die öffentliche Hand und nicht durch Private erfolgen muss). Mit einem Bad hat noch niemand auf dieser Welt Geld verdient. Die ausgewiesenen Kosten sind alle teuerungsbereinigt und mit den heutigen Werten verglichen. Die Sanierung der Bademeisterwohnung und die Erstellung der Wintersauna waren im Einwohnerrat sehr umstritten, haben sich aber mittlerweile tatsächlich als Erfolg erwiesen. Die Kosten von CHF 175'000 für das vorliegende Vorprojekt sind in diesem Baukredit enthalten, aber natürlich nur, wenn er heute durch Sie gesprochen wird.

Die Details des Baubeschriebs vorzustellen würde den Rahmen heute Abend sprengen. Sie hatten die Gelegenheit die Details im Hallen- und Gartenbad selber anzuschauen. Die Architekten sind heute Abend anwesend, falls es dazu noch Fragen gibt. Es war der Wunsch des Einwohnerrates, einen Gesamtüberblick über das Hallen- und Gartenbad zu erhalten, dieser wird heute auch geliefert. Dieser Wunsch wurde akzeptiert und im Vorprojekt wurde die Anlage vollständig untersucht und im Bericht festgehalten. Es ist eine Eigenheit unseres Schwimmbades, dass die gesamte Infrastruktur, wie sanitäre Einrichtungen, Wasseraufbereitung etc. im Gebäude des Hallenbades untergebracht sind. Das bedeutet, dass eine alleinige Hallenbadschliessung technisch nicht möglich ist. Ich habe diese Massnahmen aus dem Baubeschrieb in vier Kategorien zusammengefasst, die eigentlich aus den Unterlagen ersichtlich sind.

Die unter der Kategorie A aufgeführten Massnahmen sind alle sicherheitsrelevant. Im Sommer 2019, in der Zeit in der das Hallenbad geputzt wird, findet eine weitere Untersuchung der Betondecke sowie der Gebäudehülle des Hallenbades statt. Es ist nicht ausgeschlossen, dass eine sofortige Schliessung verfügt werden muss. Wir hoffen aber auf eine weitere Lebensdauer von ca. fünf Jahren, mehr kann man zum heutigen Zeitpunkt nicht erwarten. Wenn wir nichts machen, muss der Betrieb in fünf Jahren vermutlich eingestellt werden. Bei der Kategorie B haben wir die gesetzlichen Massnahmen. Aufgrund der Bauzone dürfen wir auf eine hin-

dernisfreie Erschliessung nicht verzichten, dazu sind wir gesetzlich gezwungen. In der Kategorie C sind Massnahmen zum Ersatz von Bauteilen, die ihr Lebensende erreicht haben. Die Massnahmen der Kategorie D sollen dazu beitragen, die Anziehungskraft von unserem bald 50-jährigen Schwimmbad dort aufzupolieren, wo es heute nicht mehr den zeitgemässen Erwartungen des Publikums entspricht. Weiter sollen die Arbeitsbedingungen für unser Personal den heutigen ergonomischen und sicherheitsrelevanten Ansprüchen angepasst werden. Der Bau soll in einzelnen Etappen erfolgen. Die Etappierung ist nötig, wenn das Ziel der durchgehenden Öffnung des Schwimmbads, während der Bauzeit erreicht werden soll. Es muss ebenfalls auf die Jahreszeiten und die Benutzerfrequenzen Rücksicht genommen werden. Die Bauzeit erstreckt sich, so wie es heute geplant ist, über fünf Jahre. Es ist möglich die Etappierung, ohne Kostenfolge bis ins Jahr 2025/2026 zu strecken. Es versteht sich von selbst, dass die einzelnen Etappen nach Dringlichkeit der Massnahmen zusammengestellt wurden. Die sicherheitsrelevanten und die gesetzlichen Auflagen kommen zuerst.

Ich habe die Kosten nach Massnahmenkategorien aufgeteilt und zusammengestellt. Die zwingend notwendigen und sicherheitsrelevanten Massnahmen kosten ca. CHF 5'300'000. Die Kosten der gesetzlichen Massnahmen, das sind die, die wir erfüllen müssen, betragen rund CHF 1'000'000. Die Massnahmen der Kategorie C, das sind die Dinge, die das end of life erreicht haben, die ersetzt werden müssen, kosten ca. CHF 2'800'000 und entsprechen auch dem Stillstand, denn wir in den letzten Jahren im Schwimmbad hatten. Die Kosten der Kategorie D, betriebliche Massnahmen betragen ca. CHF 4'500'000. Diese Summen werden Sie in ähnlicher Form wieder bei den Sparoptionen entdecken. Ich möchte aber trotzdem darauf hinweisen, dass wenn wir die Optionen nicht hineinnehmen, das Schwimmbad immer noch dem Stand von 1971 entspricht. Bei den Massnahmen der Kategorie D sind die Massnahmen, die der Gast selber sehen kann. Eine neue Wasseraufbereitung kann der Gast nicht sehen. Die Gesamtsumme von CHF 13'375'700 wurde genannt, wenn wir die Etappierung über mehrere Jahre machen, wird natürlich die finanzielle Belastung auch über mehrere Jahre verteilt. Die ausgewiesenen Kosten verstehen sich mit einem Wert von +/- 15 %, wie es in der Baubranche üblich ist und beziehen sich auf die Ausführung des ganzen Planes, so wie es im Vorprojekt beschrieben ist. In der späteren Bauplanung können noch kleine kostenneutrale Änderungen vorgenommen werden. Für grössere Änderungen müsste ein neuer Projektauftrag mit entsprechender Kostenfolge erteilt werden.

Die Investitionsfolgekosten betragen ca. CHF 690'000 pro Jahr. Ein Anteil von über CHF 13 Millionen der Gesamtsumme wird über eine Laufzeit von 35 Jahren abgeschrieben. Je ein Anteil von gut CHF 400'000 werden über 10 bzw. 5 Jahre abgeschrieben. Der ganz grosse Brocken von mehr als CHF 13 Millionen für Gebäude und Hochbauten stellen hingegen eine Investition für die nächsten 35 Jahre dar. Auch hier die Investitionsfolgekosten etappiert, sie fallen somit nicht im ersten Baujahr an. Die Finanzierung ist mit einer Steuerfusserhöhung um 4 % geplant, darin enthalten ist die Annahme des kompletten Antrags, wie ihn der Gemeinderat gestellt hat. Die umliegenden Gemeinden wurden angefragt, ob sie sich, weil sie auch Nutzniesser unseres Schwimmbads sind, finanziell daran beteiligen wollen. Die Gemeinde Untersiggenthal wurde konkret mit 21 % der Gesamtsumme angefragt, eine Antwort hat der Gemeinderat noch nicht erhalten. Eine Teilantwort, die der Gemeinderat erhalten hat war, dass die Gemeinde Untersiggenthal in den nächsten fünf Jahren selber CHF 40 Millionen investieren wird. Die Gemeinde mit dem gleichen Steuerfuss und ca. 1'000 Einwohner weniger als wir, wird CHF 40 Millionen investieren. Beim Swisslos wurde einen Antrag um eine Beteiligung an den Kosten aus dem Sportfond gestellt, diese Antwort steht noch aus. Aber aufgrund von Erfahrungswerten, die andere aargauische Gemeinden gemacht haben, kann mit einem Beitrag von CHF 2 Millionen gerechnet werden.

Die Verzichtsoptionen können von Ihnen einzeln, Zeile für Zeile oder als Paket, so wie sie dargestellt sind, eingelöst werden. Es sind vier Pakete aufgezeigt. Die Priorisierung dieser Pakete haben die Betreiber des Hallen- und Gartenbades erstellt. Verzichten heisst, es wird nicht gebaut und ist danach auch nicht vorhanden. Es sind natürlich genau diese Teile, die der Gast sehen könnte, die das Zeitgemässe des Schwimmbads ausmachen würden. Die Gesamtsumme aller vier Optionen beträgt CHF 3'367'300, die Wahrnehmung von einigen Optionen

durch Sie, kann zu einer kleinen Kostensteigerung führen, also nicht zu einer Verkleinerung des Sparpotenzials. Wenn man diese Optionen heute einlösen möchte, dann müsste das Projekt nochmals überarbeitet werden. Es besteht die Möglichkeit dem heutigen Antrag auch nur mit einer Kreditsumme von CHF 10'508'400 zuzustimmen. Wenn man dann, als Randbemerkung nochmals CHF 2 Millionen vom Lotto davon wegdenkt, dann hat der Einwohnerrat endlich seine CHF 8 Millionen, von denen nun schon so lange gesprochen wird, und die nie wahr gewesen sind.

Der Abriss des Hallen- und Gartenbades wäre auch nicht gratis zu haben. es würden Anlagewerte in der Höhe von CHF 4 Millionen vernichtet werden. Die Abrisskosten selber werden auf CHF 2 Millionen geschätzt. Als Folge davon könnten wir den Sportunterricht nicht mehr in der heutigen Form ausführen und bräuchten neue Turnhallen. Eine Betriebseinstellung kann gewollt durch das Umdrehen des Schlüssels passieren aber auch ungewollt aufgrund von Sicherheitsmängel. Beide Varianten würden für Obersiggenthal einen hohen Imageverlust und einen Verlust von Wohnqualität bedeuten und stehen, so hoffe ich, auch nicht ernsthaft zur Debatte. Unser Schwimmbad bietet unterschiedlichste und unersetzliche Möglichkeiten für alle Bevölkerungsschichten. Es ist ein Ort der Begegnung, ein Ort zum Spielen, zum Chillen, für den Sport, zum Lernen, für die Gesundheit, für die Besinnung, für gross, klein, für Alt und für Jung, einfach für alle.

Wir verzeichnen seit Jahren stabil um die 100'000 Eintritte pro Jahr. Am 1. Juni 2018 hatten wir ein Tageshöchst von 1'896 Eintritten an einem Tag. Vier Tage später, hatten wir ein Jahrestiefst mit 114 Eintritten. Das zeigt deutlich, warum dass das eine Gemeinde finanzieren muss und ein Privater nicht will. Wenn wir zwei Wochen lang 35 Grad im Schatten hatten, kommen die Gäste, selbst wenn wir Krokodile ins Schwimmbecken legen. Wenn es regnet und kalt ist, dann sind die Krokodile alleine im Wasser. Im Hallenbad haben wir, zusätzlich zum Sommer sehr stabil 35'000 Eintritte. Das Potenzial ist damit eigentlich, gemäss Thomas Weber, Betriebsleiter Hallen- und Gartenbad ausgeschöpft. Es gibt keine Zeifenster und Möglichkeiten mehr, mehr Vereine und Clubs hinein zu bringen. Im Sommer 2003, bekanntlich der Jahrtausend-sommer hatten wir während der Sommersaison 82'825 Eintritte. Dieses Jahr, das übrigens auch ein heisser Sommer gewesen sein sollte, konnten wir 73'945 Eintritte verzeichnen. Eine Erhebung im Sommer 2015 hat ergeben, dass 39 % der Besucher, Mitbürgerinnen und Mitbürger der Gemeinde Obersiggenthal sind. 21 % kommen aus Untersiggenthal, jetzt wissen Sie vielleicht auch, weshalb wir 21 % dieser Kosten von der Gemeinde Untersiggenthal wollten und 20% sind direkte Nachbarn. Mit Stolz können wir sagen, dass 6 % davon aus Baden sind, und die haben mehrere Bäder. 3 % davon sind aus Wettingen, die haben auch noch eine teure Angelegenheit am östlichen Stadtrand. Die restlichen 20 % kommen aus 38 unterschiedlichen Gemeinden.

Wie viele Dinge gibt es eigentlich, die nach 50 Jahren noch immer so viele Menschen anziehen? So, wie die Ruine Stein zu Baden und der Flughafen zu Kloten gehört, gehört das Hallen- und Gartenbad zu Obersiggenthal. Das ist die Meinung von sehr sehr vielen Menschen. Es ist eine Art Wahrzeichen unseres Dorfes, unserer Ortschaft, wenn es nicht so gut versteckt wäre. Alle diese Vereine und Clubs, die von unserem Schwimmbad profitieren, würden wir zum Teufel schicken, wenn wir dieses Schwimmbad schliessen. Man kann sich noch eine dritte Spalte dazu denken, dass sind alle diese Vereine, die wir aus der Turnhalle werfen müssen, weil wir sie für schulische Zwecke gebrauchen. Die sind hier nicht aufgeführt, aber die hätten dann auch keinen Platz mehr. Sollten wir heute dem Baukredit zustimmen, würden wir am 20. Januar 2019 im Gemeindehaus eine Vernissage mit einer Ausstellung über die 50 Jahre des Schwimmbads machen. Die Volksabstimmung über den Baukredit ist für den 19. Mai 2019 vorgesehen, anschliessend würde das Bauprojekt gestartet. Zum Schluss möchte ich Ihnen eine Frage stellen. Die erste Generation hat es aufgebaut, die zweite Generation hat es bewahrt, sind wir heute als dritte Generation nicht mehr willens oder nicht mehr fähig unser Schwimmbad zu stemmen? Der Gesamtgemeinderat bittet Sie, dem Antrag zum Erhalt des Hallen- und Gartenbades mit einem Baukredit von CHF 13'875'700 zuzustimmen.

**Ursula Haag, Präsidentin Finanzkommission:** Die Finanzkommission ist das finanzielle Gewissen der Gemeinde. Leider wurden wir über diese Vorlage, vom Gemeinderat nicht vorgängig informiert. Wir haben die Kenntnis dieser Kostenexplosion gleichzeitig wie der Bürger oder der Einwohnerrat erhalten. Die Kommunikation zwischen dem Gemeinderat und der Finanzkommission ist ungenügend. Beim Erhalt des Hallen- und Gartenbades Obersiggenthal soll ein Kredit von CHF 13,8 Millionen bewilligt werden. Das Projekt war im letzten Herbst mit CHF 2,9 Millionen im Finanzplan, in der Budgetrunde im September 2018 stieg die Kreditsumme bereits auf CHF 8 Millionen an. Nur zwei Monate später haben wir nun die Vorlage mit dem Antrag mit CHF 13,8 Millionen. Für die Finanzkommission ist eine solche Situation sehr speziell. Natürlich sind einige Voruntersuchungen erst jetzt eingetroffen. Die Sanierung oder der Erhalt dieses Hallen- und Gartenbades, wie es in der Vorlage steht, ist für unsere Gemeinde aus folgenden Gründen finanziell nicht tragbar:

Die mit der Vorlage gekoppelte Steuerfusserhöhung von 4 % wird bei weitem nicht ausreichen. Gemäss Finanzplan stehen noch wesentliche Bauvorhaben an, wie zum Beispiel der Schulraum. Da wird eine weitere Steuerfusserhöhung, zu den bereits ins Auge gefassten 5 %, notwendig sein. Im Finanzplan wurde die Steuerfusserhöhung für das Schwimmbad nicht berücksichtigt. Zudem gab es aufgrund der Erkenntnisse, betreffend der Mehrkosten und dem anschliessenden Betrieb des Hallen- und Gartenbades keine Anpassung. Die Verschuldung der Gemeinde wird enorm ansteigen, ohne Aussicht darauf dies innert den nächsten Jahren wieder reduzieren zu können. Es wird zu Last auf die nächste Generation übertragen, das ist höchst unfair. Das Hallen- und Gartenbad wirkt sich sicher als Standortaktivität positiv aus, die Finanzkommission ist aber überzeugt, dass die damit verbundenen Steuerfusserhöhungen wesentlich negativer auf die Standortqualität wirken. Die Sparoptionen 1-4 sind keine Option, die Finanzierung wird lediglich verschoben, es könnten dadurch nur 1 % der Steuerfusserhöhung eingespart werden. Eine Rückweisung der Vorlage an den Gemeinderat kommt für die Finanzkommission auch nicht in Frage. Das Hallen- und Gartenbad ist für unsere Gemeinde, mit dem heutigen Steuersubstrat nicht mehr finanzierbar. Es ist nicht so, dass wenn wir die CHF 13,8 Millionen bewilligen, keine Kosten mehr anfallen. Ein Betriebsdefizit wird es weiterhin geben, und es kommen immer wieder werterhaltene Sanierungen auf uns zu. Die Finanzkommission beantragt deshalb beim Einwohnerrat, diese Vorlage abzulehnen.

**Christian Keller:** Bevor wir zu den Statements der Fraktionen kommen, habe ich noch eine Vorbemerkung. Es haben mehrere Fraktionen angekündigt, dass sie das Geschäft zurückweisen wollen. Ein Rückweisungsantrag ist ein Ordnungsantrag, das bedeutet, dass wir gemäss §21 Abs. 3 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates Obersiggenthal sofort darüber diskutieren und abstimmen müssen. Das führt dazu, dass die darauffolgenden Fraktionen nicht mehr zu Wort kommen würden. Ich bitte deshalb die Fraktionssprecher, ihre Rückweisungsanträge zwar anzukündigen aber sie noch nicht auszusprechen. Ihr könnt die Argumente vorbringen, aber lasst die erste Runde zumindest laufen, damit alle zu Wort kommen. Es ist auch für den Gemeinderat wichtig, dass er die Rückmeldung der Fraktionen hat.

**Urs Müller:** Ich bin etwas erschrocken darüber, dass unsere Finanzkommission unser Schwimmbad sterben lassen will, ohne dass die Bevölkerung je Stellung dazu nehmen könnte. Wenn wir nein dazu sagen, dann ist das Geschäft weg.

**Ursula Haag, Präsidentin Finanzkommission:** Das stimmt nicht.

**Urs Müller:** Gegen einen negativen Entscheid kann kein Referendum ergriffen werden. Wir haben in unserer Fraktion intensiv über dieses Geschäft gesprochen. Es geht um einen grossen Kredit, das ist uns klar. Vermutlich sogar den grössten Kredit, den wir je in unserer Gemeinde gesprochen haben. Wir sind aber der Ansicht, dass uns der Gemeinderat eine fundierte, umfassende und vor allem eine ehrliche Vorlage auf den Tisch gelegt hat. Ehrlich darum, weil er nicht mit einer minimalen Sanierungsvariante kommt, die eine grosse Wahrscheinlichkeit mit sich bringt, dass man in wenigen Jahren wieder darüber diskutiert. Dass mit 50 Jahren eine Totalüberholung eines Schwimmbades notwendig ist, ist nachvollziehbar und logisch und hat nichts mit Baumängel oder schlechtem Unterhalt zu tun. Im Gegenteil, die Verantwortlichen

haben sich in dieser Zeit immer mit grossem Engagement für dieses Schwimmbad eingesetzt. Wir haben gehört, dass das Schwimmbad von der Bevölkerung, den Schülern, den Sporttreibenden und von den Familien benutzt wird. Rund 100'000 Eintritte im Jahr spricht für sich. Wir sind deshalb der Meinung, dass wir den heutigen Kredit, den der Gemeinderat vorschlägt, sprechen sollten. Wir haben heute bereits den Einwand gehört, dass wir mit einer solchen Investition nichts als Schulden an unsere Nachkommen hinterlassen. Sie müssten dann ausbaden, was wir ihnen einbrocken. Das stimmt nicht, wir hinterlassen ihnen damit etwas, wovon sicher noch zwei Generationen profitieren können. Eigentlich sind sich ja alle Fraktionen darüber einig, dass man das Hallen- und Gartenbad erhalten soll, es geht nun aber darum, wie und was man machen soll. Dass man es ganz schliessen soll, das habe ich bis jetzt nur von der Finanzkommission gehört. Natürlich könnten wir zum Beispiel nur die Hallenbaddecke sanieren, es würde das Schwimmbad sicher sicherer machen. Aber, wie es bereits von Peter Stucki gesagt wurde, der Besucher merkt nichts davon. Das ist wie wenn wir zu Hause neue Ziegel auf das Hausdach legen, davon haben wir nicht mehr Wohnqualität.

Von der Erneuerung des Eingangsbereichs haben wir schon vor Jahrzehnten gesprochen, denn diese abweisende Konstruktion ist eigentlich die Schwäche dieses Schwimmbads. Oder wenn wir nach 50 Jahren die Garderoben erneuern, das ist wirklich kein Luxus. Wer von euch hat heute noch das gleiche Badezimmer wie vor 50 Jahren. Mit diesem Kredit würden wir das Schwimmbad auf den Stand des 21. Jahrhundert hinaufheben. Damit können wir die Attraktivität steigern, womit wieder neue Gäste angezogen werden. Zum Schluss noch ein Hinweis, es wurde mir bereits etwas vorweg genommen. Wir können ohne weiteres andere Gemeinden, betreffend einer Kostenbeteiligung anfragen. Bei Untersiggenthal wurde dies anscheinend bereits gemacht, mir ist nicht bekannt, welche anderen Gemeinden noch angefragt wurden. Wir haben ja die Erhebung, wer alles zu uns kommt, das wurde auch bereits erwähnt. Mir ist auch klar, dass wir uns davon nicht allzu viel erhoffen dürfen, denn unsere Gemeinde hat sich in der letzten Zeit auch nicht gerade solidarisch gezeigt. Ich sage nur das Stichwort Kurtheater, Eishalle Tägerhard etc.. Abschliessend möchte ich festhalten, dass wir Grüne der Vorlage des Gemeinderates zustimmen und der Meinung sind, dass das Schwimmbad nicht nur sicher sondern auch attraktiv bleiben soll.

**Daniela Graubner:** Es steht die wichtigste Abstimmung zum Hallen- und Gartenbad bevor, Sanierung oder Exit. Das Hallen- und Gartenbad ist für Obersiggenthal ein wichtiger Beitrag zur Standortqualität und ein sehr sinnvoller kultureller Beitrag in die ganze Region Siggenthal. Vom Schwimmbad profitiert unsere Schule, Schulen der Nachbargemeinden, Schwimmen ist eine der gesündesten Sportarten und das Schwimmbad soll ganzjährig von jung bis alt genutzt werden. Die EVP setzt sich für den Erhalt und die Weiterführung des Hallen- und Gartenbades ein, aber wie könnt ihr dem Einwohnerrat eine Vorlage für einen Baukredit von CHF 13'875'700 unterbreiten? Im Aufgaben- und Finanzplan waren noch CHF 8 Millionen dafür ausgewiesen. Heute, nur drei Monate später übersteigt der Baukredit diesen Wert um 73 %. Eine solch grosse Investition könnte man in unserer Situation wagen, wenn sie die einzige im Aufgaben- und Finanzplan wäre. Unseren Plan kennen alle hier von der letzten Sitzung, er ist voll. Es stehen an, CHF 19 Millionen für die Schulraumplanung, CHF 2 Millionen für die Erweiterung des Gemeindehauses sowie X Strassensanierungen.

Es ist mir unklar, wie wir danach noch die Schulraumplanung, das Gemeindehaus und die Strassensanierungen umsetzen wollen. Wir sprechen hier im Rat seit mindestens zwei Jahren von Etappierung der Investitionen, von äusserster Sorgfalt der Verschuldung. Bei CHF 13,8 Millionen Investition müssen wir uns sehr bewusst sein, dass dies grosse jährliche wiederkehrende Investitionsfolgekosten mit sich bringt. In der Vorlage steht etwas sehr vereinfacht, dass die Investition von CHF 13,8 Millionen für den Erhalt 4 Steuerprozentpunkten entsprechen. Ein Steuerfussprozent macht momentan ca. CHF 242'000 aus, also kostet eine Investition von CHF 13,8 Millionen 57,3 Steuerfussprozent.

Ich vermisse in der Vorlage die genaue Aussage dazu, dass nur die Investitionsfolgekosten mit Abschreibungen und Zinsen 4 Prozent kosten. Ich gehe davon aus, dass das natürlich alle Ratsmitglieder verstehen, nur darf dies nicht so in der Zeitung stehen oder ebenso verkauft

werden. Im Weiteren fehlt der EVP im Vorfeld die Analyse der Finanzkommission. Was sagt die Finanzkommission zu diesem vorliegenden Projekt? Für ein derart wichtiges Projekt ist es in der gegenwärtigen finanziellen Situation absolut notwendig, eine Finanzkommission mit einzubeziehen und auf deren Unterstützung zählen zu können. Diese Vorlage enttäuscht die EVP, nicht weil wir das Hallen- und Gartenbad nicht mehr unterstützen, sondern weil der Katalog der Arbeiten zu wenig differenziert ist und einer endlosen Wunschliste gleicht. Welche Arbeiten sind für den Erhalt zwingend notwendig in Anbetracht dessen, dass beinahe jedes Fitnessstudio eine eigene Sauna anbietet und das neu renovierte Bad in Baden nebst dem schon bestehenden Limmathof auch Gäste generieren wird? Die Etappierung und die genaue Auflistung haben wir ja heute von Peter Stucki gehört. Die EVP erwartet vom Gemeinderat ein eng geschnürtes Projekt, das dem Rat und danach der Bevölkerung zur Annahme vorgelegt werden kann. Wir werden einen allfälligen Rückweisungsantrag der FDP für den Erhalt des Hallen- und Gartenbades unterstützen.

**Markus Renggli:** Die Meinung unserer Fraktion war deckungsgleich mit der meiner Vorrednerin, ich möchte nicht alles wiederholen. Uns geht es darum das Hallen- und Gartenbad zu erhalten, mindestens so wie es jetzt ist. Die Vorlage mit den CHF 13,8 Millionen konnten wir auch nicht gutheissen. Dies vor allem mit der Begründung, dass die Vorlage auch vor dem Volk eine Chance haben kann und der Spielraum für zukünftige Investitionen, in diesem begrenzten Zeitraum zu stark ist und man zu wenig Entscheidungsfreiheit hat um Prioritäten über die Renovationen des Hallen- und Gartenbades zu setzen. Deshalb bitten wir, dem Antrag der FDP auf Rückweisung, der kommen wird, folgen zu leisten, dies verknüpft mit einer Ergänzung um Präzisierung. Inhaltlich haben wir volles Verständnis, in welcher Form die Vorlage gekommen ist. Wir finden die gesamte Planung gut, die wurde vom Einwohnerrat auch so gewünscht, aber man muss im Finanzplan die Gesamtschau beibehalten.

**Lukas Füglistler:** Auch wir von der SVP-Fraktion haben diese Vorlage studiert und waren grösstenteils an der Begehung. Danke an dieser Stelle allen Organisatoren. Wir bekamen einen sehr guten Eindruck über die Anlage. Wir haben an unserer Fraktionssitzung kontrovers und intensiv diskutiert, aber die Sanierung mit diesen Kosten über CHF 13,875 Millionen können wir definitiv nicht unterstützen. Seit der Fraktionssitzung sind intensive Tage durch das Land gezogen, auch wir mussten uns wieder auf das Wesentliche und das Notwendige fokussieren und den Tatsachen schlicht und einfach in die Augen sehen. Auch wenn es weh tut, sind wir davon überzeugt, dass wir uns diese Vorlage definitiv nicht leisten können. Klar ist, dass eine Betonsanierung die Kosten ansteigen lässt, auch wenn man hinter das Bauprojekt schaut, kommt das eine oder andere zum Vorschein. Wie sollen wir aber diese Vorlage in diesem Ausmass, mit allen Konsequenzen vor dem Volk vertreten können. Peter Marten sagte es in seiner Zeit als Präsident der Finanzkommission mehr als einmal, dass wir uns überlegen müssen, was nice to have ist und was für unsere Gemeinde notwendig ist. Wir sind uns einig, dass das Hallen- und Gartenbad ein grosses Freizeitangebot ermöglicht, dass es für viele Familien aus nah und fern ein Anziehungspunkt ist. Wir sind uns aber auch einig, dass wir die Steuergelder schlicht und einfach nicht haben, um so viel ausgeben zu können. Zu den vorliegenden Investitionen kommt noch ein jährliches Defizit von CHF 500'000 bis 600'000. Die Investitionsfolgekosten, das haben wir gesehen, betragen auch ca. CHF 580'000. Hier reden wir von 6 bis 7 Steuerprozenten, das uns das Hallen- und Gartenbad jährlich kostet.

Das Bad wurde zu einer Zeit gebaut, in der ein einziger Steuerzahler ein sehr grosses Steuersubstrat in unsere Steuerkasse bezahlt hat. Es wurde eine Sporthalle sowie eine Kindertagesstätte gebaut, aber seit längerer Zeit fließen die Steuern nicht mehr so in unsere Steuerkasse, wie wir uns das alle wünschen. Wir haben über die letzten Jahre trotz zwei Steuererhöhungen praktisch eine positive Stagnation erlebt. Wir haben die Steuern um 10 % erhöht, aber viel weiter sind wir dadurch nicht gekommen. Gemäss Finanzplan, das haben meine Vorredner bereits gesagt, stehen die nächste Steuererhöhung, das Gemeindehaus, die Schulraumplanung, Strassen sowie das Tanklöschfahrzeug der Feuerwehr an. Umliegende Gemeinden haben am letzten Wochenende Steuererhöhungen abgelehnt, unter anderem auch Baden. Und genau jetzt sollen wir ein Projekt gutheissen, das im Oktober 2017 mit einer Kostenschätzung von CHF 5 Millionen in diesem Rat abgegeben wurde. Im aktuellen Finanzplan sind CHF 8

Millionen und wie bereits gesagt, drei Monate später sind es CHF 13,875 Millionen. Es tut mir furchtbar leid, aber wie können wir uns das leisten? Wollen wir uns das leisten? Sollen wir uns das leisten? Das ist nicht einmal die Frage, sondern können wir uns das überhaupt leisten? Ich weiss nicht, aber vielleicht hat uns jemand eine Adresse oder es kommt ein guter Steuerzahler in unsere Gemeinde, oder einen Plan, wie man die Investitionen anderweitig finanzieren kann. Wir sind grundsätzlich gesprächsbereit, aber wir sehen niemanden, im Gegenteil unsere Gemeinde verliert Einwohner. Wenn jetzt das Hallen- und Gartenbad nicht oder nicht mehr existieren würde, weiss ich nicht, wieviel Einwohner aufgrund dessen gehen würden. Ich habe aber Angst davor, dass wenn wir die Steuern 10 % oder 15 % erhöhen, die Leute davon rennen, ich weiss nicht was sinnvoller ist. Wir müssen das heisse Eisen in die Hände nehmen, unsere Fraktion ist eigentlich geschlossen bereit dazu. Wir wissen, was von uns in den Medien geschrieben wurde, ich sage es noch einmal, es ist eine Woche dazwischen vergangen. Ich habe den Antrag hier, dass wir das Hallen- und Gartenbad schliessen und zurückbauen.

Der Beweis, dass mit dem Lehrplan 21 und keinem Schwimmunterricht in unserem Hallen- und Gartenbad unsere acht Turnhallen in unserer Gemeinde nicht ausreichen, wurde noch nicht angetreten. Man redet zwar immer von CHF 7 Millionen für eine Sporthalle, ich weiss nicht wo, vielleicht könnte man sie beim Hallen- und Gartenbad hinstellen, ich weiss aber auch nicht von wo diese CHF 7 Millionen kommen sollen. Ich weiss nicht ob es effektiv nochmal mehr Sporthallen braucht, aber vielleicht weiss das jemand von euch. Wir haben noch einen anderen Antrag, mit der Festlegung einer Obergrenze von CHF 7 Millionen bereit. Das hört sich, gegenüber von CHF 13, 875 Millionen nach wenig an, ich muss aber dazu sagen, dass die CHF 7 Millionen die CHF 6,5 Millionen der Priorität A sowie alles der Priorität B enthalten. Die restlichen 0,5 Millionen können wir für die Sauna oder was auch immer notwendig ist, eingesetzt werden. Bei der Sauna haben wir auch gesehen, dass das Defizit ein Stück weit zurück geht, die Frage ist einfach ob das ausreicht.

**Ralph Hunziker:** Die SP-Fraktion nimmt erfreut zur Kenntnis, dass der Gemeinderat die verlangte Gesamtübersicht der Sanierungsmassnahmen mit dem vorliegenden Bericht umfassend und bereits in einem hohen Detaillierungsgrad dargelegt hat und zur Abstimmung unterbreitet.

Wir haben den gemeinderätlichen Antrag zum Baukredit von CHF 13,875 Millionen an unserer Fraktionssitzung intensiv diskutiert. Und auch wenn der Entscheid am Ende einstimmig erfolgte, haben wir uns die Meinungsbildung nicht leicht gemacht. So wurden die verschiedenen Sparoptionen kontrovers besprochen. Keine dieser Optionen konnte uns aber überzeugen. Wenn wir schon mehr mehrere Millionen für die Bausubstanzerhaltung investieren müssen, dann sollen auch Ersatzinvestitionen von 50-jährigen Garderoben- und Sanitäranlagen Platz finden. So wird für die Bevölkerung auch erkennbar werden, für was investiert worden ist. Die SP-Fraktion ist sich aber des grossen Investitionsvolumens und der daraus resultierenden Konsequenzen sehr klar bewusst. Dieser Baukredit muss geschickt in den Aufgaben- und Finanzplan eingebettet und mit der Schulraumplanung abgestimmt werden. Weiter erhoffen wir uns durch den Swisslos-Sportfonds einen substanziellen Beitrag an die Sanierungskosten.

Für uns gilt es festzuhalten, dass der Grossteil des Baukredits für bautechnisch zwingende Massnahmen wie die Betonsanierung und gesetzlich notwendige Massnahmen wie Barrierefreiheit, Arbeitssicherheit oder energetisch sinnvolle Massnahmen wie Fensterfronten eingesetzt wird. Von einer Luxuslösung oder einem Fass ohne Boden kann hier nicht gesprochen werden. Das vorliegende Projekt ist zwar finanziell mächtig, aber für uns dennoch tragbar und insbesondere sinnvoll. Die SP Fraktion stimmt dem Antrag des Baukredits für den Erhalt des Hallen- und Gartenbades deshalb einstimmig zu, damit der Obersiggenthaler Bevölkerung weiterhin ein attraktives Freizeitangebot offen steht, damit die Obersiggenthaler Schülerinnen und Schüler weiterhin schwimmen lernen können und damit Obersiggenthal weiterhin eine familien- und sportfreundliche Gemeinde bleibt. Die Alternativen zu einer Annahme des Baukredits, die zum Teil bereits skizziert wurden, sind weniger verheissungsvoll.

**Christoph Villiger:** Die FDP-Fraktion bedankt sich herzlich beim Gemeinderat für diese ausführliche Kreditvorlage, die aus unserer Sicht wirklich umfassend die aktuelle Situation und den Sanierungsbedarf unseres Hallen- und Gartenbades aufzeigt. Das Vorhandensein des Hallen- und Gartenbades wird von vielen Einwohnerinnen und Einwohnern, auch von den Schülern sowie von auswärtigen Gästen aus anderen Gemeinden, die das Bad rege frequentieren, geschätzt. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist der beantragte Baukredit von fast CHF 14 Millionen jedoch aus finanziellen Gründen nicht verantwortbar. Wie sind wir zum Entschluss gekommen, dass das für uns finanziell nicht tragbar ist, dies primär aus folgenden vier Gründen:

1. Gemäss den Legislaturzielen 2018-2021 des Gemeinderates sind gesunde Finanzen unter konkurrenzfähiger Steuerbelastung für Obersiggenthal wichtig. Die vorhandenen finanziellen Mittel sollen haushälterisch eingesetzt werden. Als messbares Legislaturziel wurde eine Nettoverschuldung von nicht mehr als CHF 2'500 pro Einwohner definiert.

2. Die Grundlage für unsere Beurteilung bildet auch die im Einwohnerrat unterbreitete Aufgaben- und Finanzplanung für die Jahre 2019 – 2023. Die zeigt nämlich eine Steuererhöhung ab 2020 von aktuell 105 % auf 110 % auf, zudem viele Investitionen, nicht zuletzt auch die Schulraumneubauten mit einem Investitionsvolumen von fast CHF 13 Millionen bis ins Jahr 2027. Ebenfalls enthalten war die Planung des Hallen- und Gartenbades, Investitionen von CHF 8 Millionen. Die Sanierung des Hallen- und Gartenbades mit diesen CHF 8 Millionen ist deutlich tiefer als das, was wir jetzt in der aktuellen Vorlage finden. Bereits im Rahmen des vorliegenden Aufgaben- und Finanzplans wird sich die Nettoschuld pro Einwohner von heute CHF 2'200 auf über CHF 4'000 erhöhen, was deutlich über dieser avisierten Maximalverschuldung von CHF 2'500 ist. In absoluten Zahlen werden sich die Nettoschulden von heute knapp CHF 19 Millionen auf über CHF 35 Millionen massiv erhöhen. Bereits in dieser Situation beurteilen wir die Verschuldungsfähigkeit mehr als ausgeschöpft. Wir erkennen vor allem keine Faktoren, das ist ganz wichtig für uns, die nachhaltig zu einer Reduktion von dieser Schuldenentwicklung wieder auf ein langfristiges, gesundes Niveau beitragen. Eine erhöhte Verschuldung ist aus unserer Sicht nur dann über einen gewissen Zeitraum verantwortbar, wenn eine Entschärfung dieser Situation erkennbar ist und mit Fakten unterlegt werden kann. Beispielsweise mittels Erhöhung des Steuersubstrats ohne eine drastische Erhöhung des Steuerfusses. Falls aber eine Entspannung dieser Situation nicht ersichtlich ist, und wir von der FDP-Fraktion beurteilen das momentan leider so, würden wir die finanzielle Situation unseren nachfolgenden Generationen überbilden. Was wir einerseits nicht verantworten können, aber auch nicht wollen.

3. Gemäss dem vorliegenden Kreditantrag betragen die Investitionen knapp CHF 14 Millionen, das sind CHF 6 Millionen oder rund 70 % mehr als noch in der aktuellen Aufgaben- und Finanzplanung. Der Steuerfuss müsste um 4 % erhöht werden, und würde nachher 114 % betragen. Die zusätzlichen Investitionen von CHF 6 Millionen bedeuten eine zusätzliche Nettoverschuldung von über CHF 6'000 pro Einwohner.

4. Mit dieser Verschuldungserhöhung schränken wir unsere Handlungsfähigkeit für die Zukunft massiv ein. Wir werden künftige Investitionsprojekte gar nicht realisieren können. Wir haben in den Plänen gesehen, dass grosse Projekte anstehen, nicht zuletzt auch die verschiedenen Schulraumprojekte.

Fazit für uns ist, dass wir das Geschäft zurückweisen werden, ich werde jetzt den Antrag noch nicht stellen, weil es möglicherweise noch Nachfolgediskussionen geben wird. Ich möchte Ihnen aber trotzdem noch kurz sagen, was der Inhalt unseres Rückweisungsantrages sein wird. Wir wollen wissen, wie hoch die minimalen Investitionen sein werden, die den Betrieb unseres Hallen- und Gartenbades mit dem derzeitigen Angebot, insbesondere unter sicherheitsrelevanten Gesichtspunkten über die nächsten fünf sowie zehn Jahre sicherstellen werden. Diese Investitionen müssen schlussendlich in einen aktuellen Aufgaben- und Finanzplan eingebunden werden. Dazu erwarten wir auch wieder eine entsprechende Stellungnahme der Finanzkommission. Die Beantwortung dieser beiden Fragen ist, für uns als FDP-Fraktion die zentrale Entscheidungsgrundlage betreffend des weiteren Vorgehens.

**Peter Marten:** Ich möchte mich gar nicht zur Vorlage äussern, aber ich möchte einmal mehr ein offensichtliches Missverständnis, das immer noch im Einwohnerrat und möglicherweise auch in der Bevölkerung herrscht, korrigieren. 2016 betrug das Defizit des Hallen- und Gartenbades CHF 486'000. Wenn wir wissen, dass 39 % der Nutzer aus Obersiggenthal kommen, heisst der Umkehrschluss, dass 61 % nicht von Obersiggenthal sind. Mit anderen Worten, wir haben im Jahr 2016 als Obersiggenthal CHF 296'000 oder fast CHF 300'000 in die Region investiert. Wie man hier sagen kann, dass wir mit der Region nicht solidarisch sind, verstehe ich nicht. Liebe Einwohnerräte, berücksichtigt, dass wir jedes Mal rund 60 % des Defizits in die Region hinauslassen. Wenn man das mal zehn rechnet, ist das doch einen sehr ansehnlicher Betrag. Ich möchte wirklich beliebt machen, dass wir uns gegen aussen nicht schlechter darstellen, als wir effektiv sind. Ich wäre persönlich auch äusserst froh, wenn man das einmal in der Zeitung lesen würde, wie solidarisch wir uns hier jedes Jahr, ohne dass wir es an die grosse Glocke hängen oder im Rechenschaftsbericht erwähnen, erkenntlich zeigen.

**Christoph Alder:** Es ist etwas schwierig, denn eigentlich wollte ich mit vier Lobe beginnen. Erstens war die Vorlage, die wir vom Gemeinderat und der Betriebskommission erhalten haben, super. Ich wäre froh, wenn alle Anträge so wären, denn hier ist bis zum letzten Franken klar wofür er ausgegeben wird. Deshalb ist für mich nicht zu 100 % erkennbar, weshalb die EVP sagt, dass es nicht ganz klar ist, denn klarer kann es gar nicht sein. Zweitens, dort wird es schon etwas schwieriger, denn eigentlich wollte ich alle zusammen loben. Ich wollte sagen, dass die Meinungsbildung sachorientiert erfolgte und niemand den Abbruch will. Nun höre ich von meinen Kollegen dort drüben, dass sie innerhalb von einer Woche doch noch ihre Meinung geändert haben, denn drittens wollte ich besonders die SVP loben. Ihr habt im Moment keinen Gemeinderat mehr und könntet Frontalopposition machen und noch etwas trotzen, nein ihr bringt schön eine gute Idee mit CHF 10,8 Millionen, verknüpft mit dem Steuerfuss. Jetzt bringt ihr das aber nicht, das ist wirklich schade.

Ich habe mich noch etwas schlau gemacht. Wenn sie den Betrieb der Pfaffenkappe in Baden wirklich einstellen würden, dann gibt es fünf Vereine in der Pfaffenkappe, die dann kein Heim mehr hätten. Der SC Tägi Wettingen würde dann wieder ins Tägerhard Wettingen gehen, aber dann hätte es dort keinen Platz mehr für die Taucher und die Triathleten etc. Ihr könnt drei Mal raten, wohin diese dann gehen werden, wenn wir noch Platz hätten. Ich habe aber vorher gehört, dass wir diesen Platz nicht unbedingt haben. Ich mache einen Versuch, und zwar den Versuch, den Antrag nicht zurückzuweisen, weil der Antrag sonnenklar ist. Vorher haben wir gehört, dass A bis C, ich habe es vorher noch schnell ausgerechnet, CHF 9,349 Millionen betragen. Anstatt den Antrag zurückzuweisen, würde ich einen Ordnungsantrag für eine kurze viertelstündige Pause stellen. Die Fraktionspräsidenten kommen kurz zusammen und wir finden dann vielleicht alle zusammen eine mehrheitsfähige Lösung, indem wir heute einen Betrag festsetzen. Wenn wir ihnen einen Betrag von CHF 10 oder 11 Millionen oder von mir aus auch CHF 9,5 Millionen vorgeben und sie dann auffordern können, werden sie loslegen. Warum sollen wir nun nochmals eine 12-monatige Ehrenrunde drehen? Ich finde es keine schlechte Idee, das gleichzeitig mit dem Steuerfuss in die Volksabstimmung einzubetten und dem Gemeinderat gleichzeitig den Auftrag zu geben, bis zur Volksabstimmung den Aufgaben- und Finanzplan sauber auszuarbeiten. Also, alles was eigentlich von eurer Seite hergekommen ist, hat bei uns durchaus Sympathien. Von dem her glaube ich, dass wenn wir alle den Willen dazu hätten, würden wir tatsächlich heute Abend einen Konsens finden. Einen grossmehrheitlichen Konsens und nicht einen mit 21 zu 19 und dann haben wir bei der Volksabstimmung zwei Parteien total gegen uns, und das kann nicht das Ziel der ganzen Geschichte sein.

Wenn wir heute auseinandergehen, dann lieber zurückweisen und wenn wir es aber mit einer Plafonierung ohne zurückzuweisen fertigbringen, dann hätten wir etwas, hinter dem wir alle stehen könnten. Das ist meine Idee, ich kann mir aber vorstellen, dass das nicht durchkommen wird, aber dann habe ich es wenigstens einmal gesagt.

**Andreas Baumgartner:** Das Votum, dass von dir, Christian Alder, gekommen ist, hat durchaus seine Berechtigung. Wir könnten aber auch unter den Fraktionspräsidenten darüber diskutieren, dass wenn wir das machen, ob man dann die Etappierung noch etwas ausweitet und das Ganze auf einen weiteren Zeitraum verteilt. Für mich ist es unbestritten, dass das Hallen- und Gartenbad Obersiggenthal erhalten bleiben soll, es ist keine Option das Schwimmbad still zu legen. Aus Sicht der Schule sind wir dringend auf dieses Bad angewiesen. Aktuell führt die Schule wöchentlich 22 Schwimmlektionen und vier Schwimmkurse im Schwimmbad durch. In den vergangenen Jahren wurde das Schwimmbad immer wieder im Rahmen von Sportaktivitäten oder am Jugendfest gebraucht, dort sind wir auch sehr froh, um dieses Schwimmbad. Ein wichtiger Punkt, der bis jetzt noch nicht erwähnt wurde, ist der Aargauer Lehrplan. Im neuen Aargauer Lehrplan ist der Bereich „Bewegen im Wasser“ einer von sechs Kernpunkten im Fach Sport und nimmt somit einen gewichtigen Teil ein. Um den Lehrplan erfüllen zu können, sind wir auf ein eigenes Schwimmbad angewiesen oder wir müssten auf das Schwimmbad einer Nachbargemeinde ausweichen um die Minimalziele zu gewährleisten. Die Folgen wären Transportwege, Transportkosten und Schwimmbadeintritte, die bezahlt werden müssen, sowie eine deutliche Erschwerung für die Stundenplanung.

Ich möchte darauf zurückkommen, was Lukas Füglistler vorher gesagt hat. Wenn ein Teil dieser Schwimmlektionen in Sportlektionen umgewandelt werden, die in einer Turnhalle stattfinden, führt dies zu einem Belegungsproblem in den Sporthallen unserer Gemeinde. Die Hallenbelegung durch die Schule würde deutlich ausgeweitet, was schlussendlich die Sportvereine tangieren würde. Vielleicht kann ich dir eine Teilanwort davon geben. Die Hallen sind wirklich gut ausgelastet, wir haben natürlich auch untertags Muki-Turnen, Kinderturnen oder Seniorenturnen, die auch während den Schulzeiten stattfinden. Andererseits ist auch die Belegung der Halle durch die Vereine sehr gut und sehr hoch. Ich gehe nicht davon aus, dass der UHC Obersiggenthal sonst im Go easy in Siggenthal Station trainieren und dort eine teure Miete bezahlen würde, wenn das Training in Obersiggenthal selber auch möglich wäre. Es ist wirklich so, dass der Raum Sporthalle auch bei den Vereinen gesucht ist.

Gemäss Prognosen steigen die Schülerzahlen in den kommenden Jahren deutlich an. Das heisst, dass auch die Anzahl der Schwimm- und Sportlektionen ansteigen wird, die wir irgendwie abdecken müssen. Mit den steigenden Schülerzahlen ist natürlich auch ein anderes Problem verbunden, das dass wir neuen Schulraum benötigen. Ab Sommer 2023 werden wir mit Sicherheit mehr Abteilungen an unserer Schule haben, als dies heute der Fall ist. Ab 2023 benötigen wir somit zwingend zusätzlichen Schulraum. Meiner Ansicht nach, kann es nicht sein, dass die Gemeinde Obersiggenthal diesen Schulraum in Form von Provisorien bereitstellt. Wir brauchen auf den August 2023 ein neues Schulhaus, und dieser Termin kann nicht herausgeschoben werden. Deshalb finde ich die Variante gar nicht so schlecht, dass man die Etappierung auf einen grösseren Zeitpunkt ausweitet, damit die Gemeinde einen Handlungsspielraum hat, um auch andere Vorhaben realisieren zu können. Auf keinen Fall dürfen wir das Schwimmbad stilllegen.

**Marcel Müller:** Dass wir uns klar sind, wir von der SVP wollen das Bad grundsätzlich auch nicht schliessen, aber wir müssen das heisse Eisen trotzdem einmal in die Hand nehmen. Christoph Alder, wenn es für die Gemeinde Obersiggenthal einen vernünftigen Kostenrahmen gibt, den wir alle tragen können, glaube ich sind wir alle dabei. Bei Swisslos wissen wir ja jetzt nicht, wieviel es sein wird, aber CHF 2 Millionen sind auch eine Summe. Was den zweiten Punkt von Peter Marten betrifft, 39 %, nicht einmal die Hälfte sind Eintritte von Obersiggenthal. Ich behaupte jetzt mal, dass die CHF 14 Millionen Vorlage vor dem Volk keine Chance hat. 21 % der Eintritte sind von Untersiggenthal, wir haben bis jetzt keine Antwort von Untersiggenthal erhalten, ob sie mitmachen wollen. Natürlich kann man immer sagen, dass wir das Bad jetzt zuerst auf Vordermann bringen und dann später in einem Zweckverband bringen, damit sie dann vielleicht mitmachen. Nein, die Kosten müssen unter den Gemeinden Turgi, Ennetbaden, Untersiggenthal, Würenlingen und wo sie überall herkommen geteilt werden. Nicht über die Beteiligung an den Betriebskosten, wie es heute der Fall ist, sondern an den Investitionskosten. Sie sollen mit machen, die Kosten müssen geteilt werden. Dann stellen wir ein schönes Bad hin

und unser Beitrag beträgt dann vielleicht CHF 5 oder 6 Millionen. Damit erhalten wir einen Beitrag, den wir auch finanzieren können. Aber wie will unsere Gemeinde mit 8'500 Einwohnern CHF 14 Millionen bezahlen, wenn der grösste Steuerzahler eines Tages wegzieht oder sein Geld weiter an seine Kinder verteilt. Ab 115 oder 120 Steuerprozenten werden die guten Steuerzahler langsam gehen, da könnt ihr sicher sein. Es wird niemand zuziehen, nur weil es dort oben ein Bad gibt.

**Erich Schmid:** Ich habe mir ein paar Notizen gemacht und habe ein paar Bemerkungen zu Voten, die gefallen sind. Peter Stucki, du hast gesagt, dass wir gerne CHF 8 Millionen hätten, diese Zahl ist nicht von uns, die ist von deinen Kollegen, die haben es in den Finanzplan hineingeschrieben und nicht der Einwohnerrat. Ursula Haag, die Finanzkommission lehnt den Antrag ab, aber was ist die Folge davon. Ablehnen ist die eine Seite, o.k., das kann man machen, aber was machen wir dann? Was ist die Vorstellung der Finanzkommission, was wir dann mit dem Schwimmbad machen? Das ist nicht beantwortet, das ist ablehnen ohne Plan, das finde ich nicht sehr geschickt. Von Ursula Haag wurde gesagt, dass die Kommunikation nicht gerade gut war und sie vorgängig nicht darüber informiert wurden, diesen Ärger verstehe ich gut. Die Änderung von CHF 8 Millionen auf CHF 14 Millionen innerhalb von zwei Monaten fand ich auch sehr speziell. Ich kann mir nicht vorstellen, dass in diesen zwei Monaten die Kosten so extrem explodiert sind. Urs Müller hat gesagt, dass es besser sei dem Nachwuchs ein gutes Schwimmbad zu hinterlassen, es ist nicht die Schuld die Massgebend ist, ich denke es ist beides, das ist das Problem. Ich würde gerne CHF 14 Millionen in das Schwimmbad investieren, wenn wir das Geld hätten, aber wir haben es einfach nicht. Wir müssen versuchen, der nächsten Generation etwas zu übergeben, was für uns jetzt machbar und zahlbar ist. Ich bin mir nicht sicher, ob wir uns die CHF 7 Millionen, die Lukas Füglistler gesagt hat, leisten können und ob die für unser Schwimmbad wirklich sinnvoll sind. Der ganze Planungsprozess muss überarbeitet werden, die Planung war übrigens aus meiner Sicht sehr gut. Auch bei der Begehung hat man gesehen, dass sich die Architekten bei der Planung sehr viel überlegt haben. Ich denke, dass das zurück an den Architekten oder an die Baukommission gehen muss, um genau zu prüfen, was notwendig ist.

Deshalb bin ich der Meinung der SVP, und das bin ich nicht immer, aber immerhin einmal. Die Verknüpfung des Hallen- und Gartenbades mit dem Steuerfuss, die Christoph Alder gebracht hat, hatten wir auch schon einmal beim Beitrag an die Demenzabteilung beim Alters- und Wohnzentrum. Eine solche Verknüpfung kann sehr gefährlich sein, denn wir sind nämlich beim ersten Anlauf vor zehn Jahren gescheitert. Der Beitrag von rund CHF 2 Millionen vom Swisslos-Fonds wurde erwähnt. Peter Stucki hat erzählt, dass Untersiggenthal noch nicht zugesagt hat, ob sie auch einen Beitrag leisten, die Anfrage wurde aber gestartet. Wir, aber auch die Finanzkommission hatten die 14 Millionen etwas überraschend auf dem Tisch. Mich würde noch interessieren, wie oder in welcher Form diese Anfrage an Untersiggenthal gestellt wurde. Meine persönliche Einschätzung, ich bin mir nicht sicher ob Untersiggenthal neben ihren CHF 40 Millionen, die sie auf dem Tisch haben, so schnell noch CHF 2 Millionen in die Hand nimmt.

Ich persönlich sehe die Beweggründe der Baukommission und der Genossenschaft für die Verbesserung des Hallen- und Gartenbades. Ich denke, dass wir das Geld wirklich nicht haben und wir auf das Minimum gehen müssen, das was nötig ist und das, was die Sicherheit betrifft. Was ich mich auch gefragt habe, ob es geschickt ist, einen so riesigen Kredit von CHF 14 Millionen vor das Volk zu bringen. Man hat dieses Schwimmbad zwischen 1999 und 2015 in sechs Kleinetappen einigermassen in Schuss gehalten. 1999 ging man mit einem Rahmenkredit von CHF 2,5 Millionen vor das Volk und jetzt will man einen CHF 14 Millionen Kredit holen, der über die nächsten sechs bis zehn Jahre verteilt sein soll. Ist so etwas geschickt? Ist es nicht geschickter, wenn man jetzt die Halle für CHF 3 oder 4 Millionen macht, damit muss man vor das Volk, aber man hat die Abstimmung mit einer sinnvollen Grössenordnung abgefangen. Es wurde auch erwähnt, dass der CHF 14 Millionen Kredit in zehn oder in sechs Jahren oder wann auch immer abgeschlossen wäre. Da muss man sich einfach bewusst sein, dass das viel Geld ist und man viel gemacht hat und es wird aber nicht die letzte Etappe sein. Zu diesem Zeitpunkt wird die Sanierung anderer Dinge notwendig sein. Wir hatten das Beispiel der äusseren Folie bei der Sauna, diese ist gleich alt, wie die Folie in der Schwimmhalle. Die Folie in der

Schwimmhalle ist im Antrag nicht enthalten, das war das letzte Mal kein riesiger Betrag, aber es waren immerhin CHF 0,5 Millionen. Es wird bestimmt weitere Dinge geben, die bis dann weiter gealtert sind. Wir haben bereits in früheren Jahren gesagt, dass das Schwimmbad etappiert saniert werden soll. Ich möchte noch gerne die Stellungnahme der Finanzkommission.

**Ursula Haag, Präsidentin Finanzkommission:** Ich glaube nicht, dass.....

**Christian Keller:** Ich erteile das Wort. Ich möchte, dass Peter Stucki die Frage betreffend der Anfrage Untersiggenthal, die noch im Raum steht, beantwortet.

**Peter Stucki, Gemeinderat:** Wir hatten ein Jahrestreffen mit dem Gemeinderat Untersiggenthal. Wir haben die Anfrage persönlich angebracht und mittlerweile auch das Protokoll zurück- erhalten, in dem sie es in ihre Diskussionsrunde aufgenommen haben.

**Erich Schmid:** Somit wurde es schriftlich angemeldet.

**Peter Stucki, Gemeinderat:** Es war mündlich, aber es wurde schriftlich zurückbestätigt, dass die Anfrage in den Traktanden aufgenommen wurde.

**Ursula Haag, Präsidentin Finanzkommission:** Ich denke nicht, dass die Finanzkommission Lösungen bieten muss, wie man das jetzt zahlen soll. Es geht im Prinzip einfach darum, dass wir von der Finanzkommission sagen, dass wir das aus finanziellen Gründen nicht zahlen können. Aber wir bringen keine Lösungen dazu. Ich denke, dass muss man theoretisch hier im Einwohnerrat und später dann auch vor dem Volk präsentieren. Von der Finanzkommission aus können wir keine Lösung bieten, wie wir das zahlen wollen, wir sagen jetzt einfach, dass wir es nicht zahlen können. Das sind einfach Tatsachen.

**Erich Schmid:** Klar, ihr müsst nicht die Lösung bringen, was man dort oben machen muss, aber die Vorstellung zumindest, was die Konsequenzen daraus sind. Wenn wir den Antrag hier drin ablehnen, was macht der Gemeinderat am Montag damit? Ich wüsste nicht, was der Gemeinderat jetzt damit machen muss. Muss er einen Antrag für den Rückbau oder für eine minimale Lösung machen? Was ist die Vorstellung? Irgendeine Vorstellung wie das weitere Vorgehen zumindest aussehen könnte.

**Lukas Füglistler:** Einfach, dass wir uns richtig verstehen, ich persönlich bin grundsätzlich ein Freund und dankbar darüber, dass wir das Hallen- und Gartenbad haben. Ich habe meine Jugend weiss Gott oft dort hinten verbracht, in den Sommerferien weiss nicht wie oft die Rutschbahn rauf und runter gerutscht. Schlussendlich geht es um eine Kostentransparenz und um eine Transparenz gegenüber unserer Bevölkerung. Irgendwann muss es vor das Volk kommen und irgendwann muss dem Volk gesagt werden, dass wir auf der einen Seite CHF 14 Millionen haben und auf der anderen Seite die Steuereinnahmen. Auf einer Seite wollen wir so viel Geld ausgeben und auf der anderen Seite müssen wir irgendwo Geld einnehmen. Die Verknüpfung, ich gebe dir Recht, ist auf Messers Schneide, da bin ich überzeugt. Eine Verknüpfung macht es nicht einfacher, aber irgendeinmal müssen wir hin stehen und sagen, dass wir so viel investieren wollen und das kostet den Steuerzahler vier Prozent. Linus Egger, ich weiss nicht um wieviel Prozent die Steuern in den nächsten fünf Jahren erhöht werden sollen. Wir haben da mal 4 %, dann reden wir wieder von 5 % und nachher kommt noch die Schulraumplanung mit CHF 19 Millionen, die Strassensanierungen und das TLF.

Es wurde genannt, dass Untersiggenthal in den nächsten fünf bis zehn Jahren CHF 40 Millionen investiert. Obersiggenthal steht nicht besser da, wir haben auch CHF 40 Millionen und wenn wir das Hallen- und Gartenbad mit diesen CHF 13,875 Millionen durchziehen, sind wir über CHF 40 Millionen. Wie wollen wir das mit diesem Steuersubstrat, das unsere 8'700 Einwohner zusammenbringen, stemmen? Ich sehe es nicht. Christoph Villiger hat die Zahlen gebracht, eine Verschuldung pro Kopf von über CHF 4'000. Irgendwo sind wir zwischen Realität und Wunschtraum. Die CHF 13,875 Millionen sehe ich so nicht. Ich habe es bereits gesagt, wir

haben den Antrag auf Schliessung hier. Was wir als Fraktion wollen ist, dass man darüber kontrovers diskutiert. Mir liegt eine Schliessung fern, aber wenn ich mir privat etwas leisten will, muss ich vorher auch ins Portemonnaie oder auf das Bankkonto sehen ob es geht oder nicht. Wenn es nicht geht, dann geht es halt einfach nicht.

**Eugen Frunz:** Ich habe zuerst noch eine Anmerkung an Urs Müller. Du hast gesagt, dass die negativen Beschlüsse nicht vor das Volk kommen bzw. dass das Volk das Referendum nicht ergreifen kann. In § 7 Abs. 2 der Gemeindeordnung ist festgehalten, dass alle positiven und negativen Beschlüsse des Einwohnerrates der Urnenabstimmung zu unterstellen sind. Dies gilt, wenn dies mindestens 10 % der Stimmberechtigten verlangt oder wenn es der Einwohnerrat beschliesst. Erich hat gesagt, dass wenn wir den Antrag hier im Einwohnerrat ablehnen, was uns die Finanzkommission vorschlägt, dann müsse sie einen Vorschlag machen, was passiert. Ich habe die Gegenfrage, was macht der Gemeinderat, wenn das Volk nein sagt. Das ist genau das Gleiche, hier sagen es einfach wir und draussen sagt es das Volk. Es müsste eigentlich grundsätzlich irgendein Plan B vorhanden sein.

**Christoph Villiger:** Ich möchte noch Stellung zum Votum von Christoph Alder nehmen. Ich persönlich möchte heute Abend eigentlich von einer Festlegung eines bestimmten Betrages Abstand nehmen. Ich möchte zuerst eine saubere Grundlage, aufgrund unseres Rückweisanspruches, der folgen wird, haben. Dann haben wir eine saubere Ausgangslage und wissen wie gross der Betrag X ist und können den Betrag X dann in einen aktualisierten Aufgaben- und Finanzplan einpflegen. Ich finde, dass das die richtige Grundlage ist.

**Theo Flückiger:** Wir reden jetzt plötzlich über eine Schliessung von einem Hallen- und Gartenbad. Im Aufgaben- und Finanzplan waren CHF 8 Millionen und weshalb die nun plötzlich in Frage gestellt werden, kann ich nicht ganz nachvollziehen. Grundsätzlich ist das eingeplant und es ist ein Budget vorhanden. Es ist nicht im Budget, aber es ist im Aufgaben- und Finanzplan und somit weiss man, dass ungefähr dieser Betrag auf uns zukommen wird. Sicher muss man über die Höhe diskutieren, aber ein Betrag war dafür vorgesehen. Es ist somit nicht zufällig, es ist nun nicht plötzlich etwas Neues da, wovon wir nichts gewusst haben.

**Erich Schmid:** Theo Flückiger, grundsätzlich gebe ich dir Recht, dass CHF 8 Millionen im Aufgaben- und Finanzplan sind, aber es ist keine Budgetposition. Den Aufgaben- und Finanzplan erhalten wir lediglich zur Kenntnisname, auch wenn dort CHF 397 Millionen stehen, wäre das genau gleich viel wert wie CHF 8 Millionen. Es ist keine Budgetposition, wir nehmen den Aufgaben- und Finanzplan zur Kenntnis, er ist also nicht verbindlich. Es ist richtig, dass die CHF 8 Millionen enthalten waren, diese sollten aber eigentlich mit der angekündigten Steuerfusserhöhung mit CHF 2 Millionen abgedeckt sein. Ich finde es richtig, dass die Gemeinde die Steuerfusserhöhung von 4 % ausgewiesen hat. CHF 8 Millionen von diesen CHF 14 Millionen waren im Finanzplan eingerechnet, gleichzeitig hat man auch bereits die Steuerfusserhöhung um 4 % hineingenommen. Das Votum von Eugen finde ich sehr gut, wir sehen keinen Plan B, wenn wir den Antrag ablehnen. Dies geht aus der Vorlage nicht heraus. Ich gehe davon aus, dass der Gemeinderat davon ausgeht, dass die Vorlage angenommen wird. Falls sie nicht angenommen wird, überlegt man sich dann einen Plan B, das ist nämlich bei den meisten Vorlagen so. Ich habe nicht gesagt, dass man die Verknüpfung mit dem Steuerfuss nicht machen soll. Für mich ist es ein Muss, dass in einer Vorlage an das Volk die Steuerfusserhöhung davon dargelegt wird. Ich habe nur gesagt, dass eine Verknüpfung sehr gefährlich ist. Vielleicht können sich diejenigen, die schon länger dabei sind, daran erinnern, dass wir bereits einmal eine Steuerfusserhöhung von 4 %, verknüpft mit dem AWZ hatten. Diese Vorlage wurde vom Volk abgelehnt. Danach wurde beim nächsten Termin eine Steuerfusserhöhung von 2 % beantragt, diese Vorlage wurde dann mit sieben Stimmen Differenz angenommen.

**Peter Marten:** Die Diskussion, die wir hier eigentlich führen, ist eine Mischung davon, was wir gerne machen würden und wie man die Finanzplanung angehen sollte. Wenn wir mal wieder einen Schritt zurückstehen und uns ansehen was wir für Fakten haben, dann ist es so, dass wir am 26. September 2018 einen Finanzplan erhalten haben, der bereits zwei Monate später

Makulatur war. Wir sagen, dass wir jetzt eine viertelstündige Pause und Servietten Finanzplanung machen, in dem wir gewisse Zahlen vorgeben CHF 10 Millionen oder CHF 7 Millionen. Ich glaube nicht, dass das wirklich zielführend ist, ich habe zwar schon gewisse Grundsympathien dafür, aber das bringt uns leider auch nicht weiter. Was wir brauchen ist, nochmal etwas Zeit. Wir müssen nicht hundert neue Grundlagen erarbeiten, denn diese Grundlagen sind bereits vorhanden. Wir müssen uns überlegen, was die Variante ist, damit das Bad überleben kann, und ich glaube, dass ein gewisser Grundkonsens vorhanden ist, dass wir das wollen. Was kostet uns das? Aber das ist wahrscheinlich das, was für uns finanziell und auch politisch machbar ist. Was die Verknüpfung betrifft, muss ich doch noch eine Bemerkung machen, wir müssen doch ehrlich mit den Leuten sein. Wenn uns das Ding CHF 4 oder 5 Steuerprozent mehr kostet, dann muss man das den Leuten sagen und dann sollen die Leute auch so abstimmen. Im Gegenteil, ich glaube, es wäre falsch, wenn wir das trennen würden. Ich weiss, dass es heikel ist, aber wenn es ja so viele Fans gibt, und so viele hier davon überzeugt sind, und wir davon ausgehen, dass wir den grössten Teil der Bevölkerung repräsentieren, weiss ich gar nicht warum wir Angst haben müssen. Irgendetwas geht nicht auf.

Ich hoffe, dass wir die Zeit haben, die Finanzplanung nochmals in die Hand zu nehmen. Mein Vertrauen in den Finanzplan ist ein Stück weit erschüttert. Nicht wegen der Planung selber, die ist sicher gut basierend, sondern weil wir bei den Inputfaktoren in den Finanzplan effektiv ein Problem haben.

**Christoph Alder:** Ich habe noch eine rein formelle Anfrage. Wenn dann endlich der Rückweisungsantrag kommt, müssen wir dann sofort darüber abstimmen oder können wir noch eine viertelstündige Pause machen und nach der Pause darüber abstimmen? Ich habe Stefan Semela noch schwer in den Ohren, dass dann sofort darüber abgestimmt werden muss. Das sofort ist aber ein dehnbare Begriff, und ich denke, dass das klar definiert sein muss, was sofort bedeutet. Dazu möchte ich gerne eine Antwort, damit wir danach weiter machen können.

**Christian Keller:** Nach dem Ratsreglement müssen Ordnungsanträge sofort diskutiert und darüber abgestimmt werden. Das bedeutet nach meinem Verständnis, dass man nicht noch eine andere Diskussion hineinlaufen lassen kann, aber ich denke, dass es sinnvoll ist, wenn man das mit einer Pause unterbricht, damit sich die Fraktionen austauschen können.

**Christoph Alder:** Gut, dann schlage ich vor, dass Christoph Villiger den Rückweisungsantrag nun bringt.

**Christoph Villiger:** Rückweisungsantrag zum Antrag des Gemeinderates für einen Baukredit von CHF 13,8757 Millionen zum Erhalt des Hallen- und Gartenbades Obersiggenthal. Die FDP-Fraktion weist das beantragte Geschäft einstimmig zurück und erwartet vom Gemeinderat die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie hoch sind die minimalen Investitionen, welche den Betrieb des Hallen- und Gartenbades mit dem derzeitigen Angebot insbesondere unter sicherheitsrelevanten Gesichtspunkten über die nächsten fünf bis zehn Jahre sicherstellen?
2. Einbindung dieser minimalen notwendigen Investitionen in einen aktualisierten Aufgaben- und Finanzplan. Dieser ist auf diese Szenarien anzupassen, zudem erwarten wir in Ergänzung dazu eine Stellungnahme der Finanzkommission.

**Lukas Füglistler:** Ich habe darüber informiert, wir haben den Antrag zur Schliessung hier, den werde ich nicht einreichen. Ich werde auch den zweiten Antrag nicht einreichen, der geht in die gleiche Kerbe, wie der, der FDP, dass man eine Rückweisung beantragt und wir die Kosten der Sanierung auf das Notwendige reduzieren und CHF 7 Millionen nicht übersteigen. Wir bitten aber den Gemeinderat, ein Auge darauf zu werfen, dass das was mit CHF 8 Millionen im Aufgaben- und Finanzplan steht, ungefähr eingehalten werden kann.

**Christian Keller:** Über einen Ordnungsantrag muss unmittelbar danach diskutiert werden, wenn Diskussionsbedarf besteht, und abgestimmt werden. Wir können nicht mehr über den Inhalt diskutieren, das haben wir jetzt gemacht, man kann sich nur noch über die Rückweisung äussern. Ich möchte nun zuerst Peter Stucki das Wort geben, denn er hatte bis jetzt nicht die Gelegenheit gewisse Dinge, die behauptet wurden, aus dem Weg zu räumen. Ich bitte Peter Stucki aber nicht mehr ins Detail der Inhalte einzugehen. Am Schluss möchte ich der FDP nochmals die Gelegenheit geben, falls noch Bedarf besteht, etwas dazu zu sagen. Ich möchte die Diskussion zur Rückweisung möglichst knapp halten, damit wir dann darüber abstimmen können.

**Peter Stucki, Gemeinderat:** Jetzt wird es natürlich schwierig für mich, wenn ich zum Inhalt nichts mehr sagen darf. Ich möchte aber einfach darauf hinweisen, dass wenn sie dem Antrag auf Rückweisung zustimmen, wir Mitte nächstes Jahr mit dem Antrag für einen weiteren Planungskredit wieder hier erscheinen. Denn es muss eine komplett neue Planung erstellt werden. Zu den vielen Dingen, die gesagt wurden, die zum Teil nicht ganz zutreffen, kann ich jetzt nichts mehr sagen. Das wäre nun eigentlich mein Hinweis darauf gewesen, dass die CHF 175'000 heute Abend halt „perdu“ gegangen sind.

**Christian Keller:** André Kummer ist noch zu uns gestossen. Wir sind nun 39 vereidigte Einwohnerinnen und Einwohner. Das absolute Mehr beträgt nun 20.

**Christoph Villiger:** Ich möchte wissen, weshalb es so lange dauert, bis ein neuer Planungskredit kommen würde. Ich hatte das Gefühl, dass die Vorlage sehr detailliert ist und sie relativ schnell wieder vorgelegt werden könnte. So, dass der Gemeinderat zusammen mit den Architekten an der nächsten Sitzung, sei es im Januar 2019 oder im März 2019 etwas dazu sagen könnten.

**Peter Stucki, Gemeinderat:** Ich möchte die Frage gerne an die Fachleute weitergeben.

**Roger Zeier, Architekt:** Wir hatten im ganzen Planungsprozess bisher noch keinen Fachplaner, sprich Bauingenieur etc., die haben bisher gefällt. Wenn man das Projekt überarbeitet, und ihr ganz genaue Aussagen darüber wollt, dann bin ich der Meinung, dass wir diese Leute im Boot haben müssen. Für das müssen wir aber zuerst eine Fachplanerausschreibung machen, damit wir überhaupt wissen, wieviel diese Phase kostet, sonst sagen wir einfach eine Zahl, die nicht stimmt. Wir haben dann einen Projektierungskredit, den wir dann eventuell aufstocken müssten. Bei dieser Fachplanerausschreibung dauert es einfach zwei bis drei Monate, bis wir die Offerten auf dem Tisch haben.

**Christoph Villiger:** Das heisst aber, dass diese Vorlage, mit den CHF 14 Millionen diese Ungenauigkeit auch hat.

**Roger Zeier, Architekt:** Nein, es geht um die Ungenauigkeit der Fachplaner Honorare. Wenn wir jetzt einen Projektierungskredit benötigen, wollen die ein Honorar und dafür brauche ich eine Offerte. Die vorliegenden Kosten beinhalten aber Honorarschätzungen über alles. Wenn wir jetzt aber einen Projektierungskredit beantragen, ich sage jetzt irgendeine Zahl, behaften sie mich nicht darauf, wie die CHF 8 Millionen, die hier herumschwirren sind es vielleicht um die CHF 70'000. Nun kommen die Offerten und am Schluss sind es CHF 190'000, dann müssen wir einen zusätzlichen Kredit von CHF 120'000 nachbeantragen. Das würde sie sicher nicht freuen, das können wir auch so machen, wenn sie damit einverstanden sind.

**Erich Schmid:** Ich verstehe die Verwirrung von Christoph Villiger. Das, was sie vorschlagen, ist eine Vertiefung von dem, was wir jetzt haben. Wenn man die gleiche Basis für CHF 13,875 Millionen nimmt, wie wir jetzt hatten, dann geht es in einer nächsten Phase darum, und das ist eigentlich die Idee von Christoph Villiger, wenn ich das richtig verstehe, das auseinanderzunehmen und neu zu sortieren, was wirklich notwendig ist. Ich denke nicht, dass eine Vertiefung in der jetzigen Phase notwendig ist. Die Zahlen, die wir hier haben, haben eine gewisse Ungenauigkeit. Wenn sie nun ein Planer überarbeitet, sind sie vielleicht etwas genauer, aber

wir wollen kein Bauprojekt auf diesem Niveau, wir wollen die vorliegende Vorlage, neu zusammengestellt haben, eine neue Zusammenstellung was auf dem absoluten Minimum notwendig ist. Ich kann mir nicht vorstellen, dass man hier Planerofferten einholen muss. Wenn ich eine Zahl von CHF 170'000 höre, das ist der gleiche Kredit, den wir vor einem Jahr gesprochen haben, das kann ich mir überhaupt nicht vorstellen, so einen Kredit, das kann ich heute schon sagen, werde ich in einem halben Jahr ablehnen.

**Roger Zeier, Architekt:** Der Kredit vor einem Jahr war um die Hälfte zu tief. Sie haben ein relativ günstiges Projekt erhalten. Üblicherweise, da geben sie mir als Ingenieur sicher Recht, haben wir im Vorprojekt schon Fachplaner. Die hatten wir hier nicht, das haben wir nicht gemacht, weil wir das Gemeindebudget nicht belasten wollten. Eigentlich habe ich die ganze Arbeit, die ein Fachplaner macht, gemacht und habe die Risiken der Kostenplanung auf mich genommen. In einem Vorprojekt hat man normalerweise Fachplaner.

**Peter Stucki:** Erich Schmid, ich muss dir widersprechen. Ich habe nie gesagt, dass der neue zukünftige Projektierungskredit CHF 170'000 beträgt. Ich habe gesagt, dass der Kredit, den wir vor einem Jahr gesprochen haben, halt „perdu“ ist und ausser Unterhaltungswert nichts gebracht hat. Das Projekt, das ihr so gut findet, wollt ihr nun ablehnen. In diesem Projekt hat es vier Sparoptionen, damit sind wir bei CHF 10,5 Millionen. In diesem Fall sind es dann von der Lottogesellschaft vielleicht nicht mehr ganz CHF 2 Millionen, weil sich dieser Betrag nach dem Gesamtbauprojekt richtet, aber es ist noch immer ein substanzieller Betrag. Dann sind wir doch in diesem Bereich, in dem wir mal sein wollten. Dann ist es auch in einem Bereich von einem Finanzplan. Ich muss es doch noch einmal sagen, ich habe heute Abend so oft gehört, dass die Leute noch immer ein Budget mit einem Finanzplan verwechseln. Ein Finanzplan ist etwas, was man sich aus den Fingern saugt, eine Vermutung, eine grobe Schätzung. Wie genauer eine Zahl im Finanzplan ist, desto mehr ist sie aus dem Daumen gesaugt und nicht berechnet. Berechnet ist es dann, wenn ein Bauprojekt steht. Wir reden jetzt auch nur von einem Vorprojekt. Aber mir scheint, dass man das hier nicht ganz versteht. Wir haben jetzt ein Vorprojekt mit vier Sparoptionen über die CHF 13,8 Millionen. Diese Sparoptionen können wahrgenommen werden, wie es die SVP öffentlich geschrieben hat, und dann sind wir in etwa dort, wohin ihr eigentlich wollt. Aber, wenn ihr es nicht wollt, dann gehen wir halt wieder den Schritt zurück, fangen eigentlich wieder irgendwo bei null an, beginnen mit den Fachleuten bei jedem Rappen die Sekunden und Minuten zu zählen, was aber wieder entsprechend Kosten verursacht.

**Erich Schmid:** Ich habe nicht gesagt, dass du die CHF 170'000 erwähnt hast, sondern die hat Herr Zeier erwähnt. Ich habe mit einem Architekten darüber gesprochen, was der Inhalt eines Vorprojektes ist. In der SIA 102 ist definiert, dass es in einem Vorprojekt eine Kostenschätzung gibt, im Hochbau sind es, wenn ich es richtig im Kopf habe, +/- 10 %, im Tiefbau +/- 20 % (SIA 103). Das, was du vorher, betreffend die Genauigkeit der Zahlen gesagt hast, das würde mich interessieren wie das genau gemacht wird. Du hast Recht, im Finanzplan 2040 rechts aussen, steht eine Zahl, die irgendein „Bauknüttel“ festgelegt hat. Wie man von CHF 3,15 Millionen, auf Grössenordnung 5 Millionen vor zwei Jahren, auf CHF 8 Millionen vor einem Jahr und jetzt auf CHF 13,875 Millionen vor zwei Monaten kommt, ist natürlich schon etwas fragwürdig. Ich weiss nicht wie man auf die Zahl gekommen ist, das müsst ihr abklären. Aber in zwei Monaten von CHF 8 Millionen auf CHF 14 Millionen hat nichts mehr mit Bauchzahlen zu tun. Ich weiss wie man das macht, ich kenne den Inhalt und Peter Stucki, ich würde das zuerst nachlesen, bevor du solche Dinge sagst.

**Peter Stucki, Gemeinderat:** Es gibt schon noch einen Unterschied, wann man etwas publiziert und wann man etwas weiss. In diesem Moment unterstellst du dem Gemeinderat indirekt Unredlichkeit, wenn er einen Finanzplan bringt und bestätigt, der nicht richtig sein soll. In dem Moment, als es publiziert wurde, hat auch der Gemeinderat angenommen, dass es weniger sei. Es hatte jeder bei uns eine Schnappatmung, als wir die Zahlen sahen und wir liessen sie uns auch begründen. Erstens, nach SIA 102 liegt die Kostengenauigkeit eines Vorprojektes bei +/- 15 %. Zweitens, gehört zu den Grundleistungen eine Fachplanerausschreibung und dass

man den Fachplaner auch in das Team integriert. Die CHF 5 Millionen wurden mal angenommen, weil ein Projektierungskredit berechnet werden musste, sie wissen, dass die Planung auf den Baukosten basiert. Man hatte damals ein Konzept von 1999, nahm die und summierte es ein wenig auf, es lagen aber kein Projekt und keine Untersuchungen vor. Die CHF 5 Millionen haben also nichts mit dem Projekt, wie es da ist zu tun, die wurden gebraucht um den Projektierungskredit zu berechnen. Von wo die CHF 8 Millionen kommen, habe ich ehrlich gesagt keine Ahnung. Von der Planungsseite her haben wir nie von CHF 8 Millionen gesprochen. Wir haben über 7 bis 8 Monate ein Vorprojekt und am Schluss eine Kostenschätzung über 411 Seiten erstellt und darin stehen diese CHF 13,8 Millionen. Die CHF 8 Millionen sind mir schleierhaft. Ihr tut jetzt einfach so, als wenn wir bei der Planung die Kosten nicht im Griff hatten, und das stimmt einfach nicht.

**Christian Keller:** Ich möchte nun lieber nicht mehr weiter über die Details der Finanzierung sprechen, das geht mir zu fest in den Inhalt hinein. Gibt es noch wesentliche Argumente, für oder gegen den Rückweisungsantrag?

**Markus Renggli:** Die Diskussion zeigt mir einfach, dass wenn wir uns alle nicht im Klaren sind, dann können wir im Einwohnerrat auch nicht einstimmig hinter dem Projekt, so wie die Vorlage jetzt ist, stehen. Diese Unsicherheit wird die Bevölkerung spüren und dann haben wir schlechte Karten. Es heisst nicht, dass wir das Rad neu erfinden müssen, man hat ja die Grundlagen. Ich bin davon überzeugt, dass der Gemeinderat das auch ohne einen riesigen finanziellen Neuaufwand schaffen kann, eine neue Form die in der Bevölkerung effektiv mehrheitsfähig ist. Ihr müsst nicht nur uns davon überzeugen, sondern ihr müsst auch die Bevölkerung überzeugen. Es muss einfach zeitlos und für jedermann nachvollziehbar sein. Auch für diejenigen, die finanziell nicht geschult sind und die alle diese Zahlen und Begriffe nicht kennen. Es muss wirklich sehr einfach sein, damit es überhaupt eine Chance hat, so durchzukommen. Wenn wir das mit dieser neuen Form schaffen, und die sollte möglichst schnell kommen, dann hat das vor dem Volk gute Chancen. Aber so habe ich meine Bedenken, es wird Leserbriefe und Unsicherheiten geben. Deshalb bitte ich euch den Rückweisungsantrag gutzuheissen.

**Christoph Alder:** Ich möchte auf jeden Fall nochmals etwas sagen, denn jetzt wurde es mir auch etwas zu detailliert. Ich habe ursprünglich mal Tiefbauzeichner gelernt, ich könnte also auch noch ein wenig mitreden, aber wir haben doch keine Ahnung von dem. Wir, Fraktionspräsidenten haben uns vorher zusammengesetzt und ich möchte wirklich das, was Markus Renggli gesagt hat, nochmals deutlich unterstützen. Ich habe eigentlich keine Lust, und ich habe vorher bereits mit den Gemeinderäten und Ex-Gemeinderäten darüber gesprochen, dass ihr in acht Monaten mit irgendetwas nochmals kommt. Es ist eine so gute Vorlage, es ist so klar ausgewiesen. Ich habe es vorher ausgerechnet, A bis C sind CHF 9,349 Millionen, wenn wir da noch CHF 500'000 für den Eingangsbereich darauflegen und wir dann in drei Monaten wissen, wieviel der Lotteriefond dazu zahlt und mit wieviel sich Untersiggenthal daran beteiligt. Das ist allerdings noch eine andere Geschichte und dann ist das Ganze, das hat Linus Egger vorher gesagt, sauber im Aufgaben- und Finanzplan eingebettet. Die Schule muss betreffend der Schulraumplanung auch bis Ende Jahr sagen, wieviel sie möchten. Dann haben wir im März 2019 Fakten auf dem Tisch, was ist das Problem? Dann sind wir am Schluss irgendwo bei CHF 9, 9,5 oder 10 Millionen minus der Lotteriefond, dann sind wir irgendwo bei CHF 8 Millionen. Ich bin überzeugt davon, dass wir dann eine sehr grosse Mehrheit im Rat finden werden. Ich verstehe alles dieses detaillierte Zeug und die verschiedenen Abläufe usw., aber jetzt stelle ich mich wirklich auf sehr naiv und sage, dass wir ihr eine gute Vorlage haben und ihr die Dinge im März 2019 nochmals bringen sollt und dann haben wir eine saubere Sache.

**Peter Marten:** Ich kann es nicht unterlassen nochmals für den Rückweisungsantrag zu sprechen und zu versuchen sie zu überzeugen. Wenn ich als ehemaliger Präsident der Finanzkommission höre, dass die Finanzplanung primär aus aus dem Daumen gezogenen Zahlen basieren soll, dann wird es mir angst und bange. Vor allem wenn ich sehe, in was für einer Situation wir sind. Persönlich würde es mich auch noch interessieren, was der Finanzminister dazu sagt,

das kann er auch nachher beim Bier machen. Wir brauchen seriösere Grundlagen und dann ist es umso notwendiger, dass wir alle relativ geschlossen versuchen dem Rückweisungsantrag zuzustimmen.

**Ralph Hunziker:** Für mich ist der Rückweisungsantrag nicht stimmig. Ich weiss, ich bin ein Greenhorn im Einwohnerrat, aber ihr habt etwas beantragt und der Gemeinderat hat umfassend, sehr detailliert aufgelistet was es, mit einer gewissen Abweichung kosten könnte. Im Rückweisungsantrag haben wir auch die Frage, was es Kosten würde, diese Antwort hätten wir eigentlich schon, gemäss Christoph Villiger und der Präsentation des Gemeinderates. Ihr verlangt wieder eine Etappierung, in der Historie habt ihr nicht gewollt, dass wir nur immer häppchenweise kommen und jetzt haben wir eine Gesamtübersicht, und ihr wollt wieder auf Feld 1 zurück.

**Christian Keller:** Wir kommen nun zur Abstimmung über den Rückweisungsantrag.

—  
Keine weiteren Wortmeldungen.  
—

### **Abstimmung**

**Antrag der FDP: Das Geschäft GK 2018/46 Erhalt Hallen- und Gartenbad Obersiggenthal; Baukredit von CHF 13'375'700 ist mit folgenden Fragen an den Gemeinderat zurückzuweisen:**

- 1. Wie hoch sind die minimalen Investitionen, welche den Betrieb des Hallen- und Gartenbades mit dem derzeitigen Angebot insbesondere unter sicherheitsrelevanten Gesichtspunkten über die nächsten 5 sowie 10 Jahre sicherstellen?**
- 2. Einbindung dieser minimal notwendigen Investitionen in einen aktualisierten Aufgaben- und Finanzplan. Dieser ist auf diese Szenarien anzupassen, zudem erwarten wir in Ergänzung dazu eine Stellungnahme der Finanzkommission.**

**Dem Antrag wird mit 27 Ja-Stimmen zu 12 Nein-Stimmen zugestimmt.**

**4      2016.16      Kommunalen Gesamtplan Verkehr (KGV); Verpflichtungskredit über CHF 57'500 /Parkraumkonzept (PRK); Verpflichtungskredit über CHF 55'500**

Eintreten wird nicht bestritten  
—

**Dieter Martin, Gemeindeammann:** 2016 kamen wir bereits einmal mit dem Parkraumkonzept, dieses wurde aber durch den Einwohnerrat mit ein paar Aufgaben zurückgewiesen. Wir haben diese Aufgaben in der Zwischenzeit gemacht. Neben dem Parkraumkonzept liegt uns auch der sogenannte Kommunale Gesamtplan Verkehr, den wir damals bereits erwähnt haben, vor. Beim kommunalen Gesamtplan Verkehr handelt es sich um ein im kantonalen Baugesetz verankertes Planungsinstrument, das heute, nachdem wir unsere BNO schon relativiert haben, für jede Gemeinde Pflicht ist. Ziel und Inhalt dieses Planungsinstruments ist die Verkehrs- und Siedlungsentwicklung aufeinander abzustimmen und die richtigen Schlussfolgerungen für die zukünftige Siedlungsplanung, die Verkehrsinfrastruktur, das Verkehrsangebot und die Beeinflussung des Mobilitätsverhaltens zu ziehen. Für die Gemeinde ist der Kommunale Gesamtplan Verkehr eines der wichtigsten Planungsinstrumente.

Beim Parkraumkonzept hatten wir den Auftrag mindestens drei Konkurrenzofferten einzuholen. Wir haben aufgezeigt, wie die Kosten für die Umsetzung aussehen könnten, darin enthalten ist

auch die Zusage für die konsequente Umsetzung. Unter dem Betriebsaufwand haben wir die Position Kontrolle und Vollzug aufgeführt, hier besteht die Meinung, dass es nur Sinn macht ein solches Parkraumregime ins Leben zu rufen, wenn man auch entsprechende Kontrollen durchführt. Das ist vorgesehen und ein klares Ziel des Gemeinderates. Ich möchte hier nicht länger werden, wir haben das vor zwei Jahren ausführlich besprochen. Ich möchte ihnen einfach ans Herz legen, dass ihr heute dazu ja sagt, und der Gemeinderat mit den Planungsarbeiten beginnen kann.

**Jacqueline Magni:** Kurz und knapp, wir befürworten das Projekt.

**Christian Buser:** Die CVP/BDP-Fraktion hat das Geschäft mit geringer Begeisterung diskutiert. Beim Kommunalen Gesamtplan ging es stark darum, was der effektive Nutzen der ausführlichen Abklärungen ist. Man kennt dann die Strassenkapazitäten, man hat den Individualverkehr und den öffentlichen Verkehr erfasst, aber wir sahen zu wenig, wie das in die Gesamtverkehrskonzeption hineinfliesst, die man griffig nutzen kann. Auch mit dem was rundherum läuft, was der Kanton macht, mit den ganzen Vorlagen, das Projekt OASE ist beispielsweise nicht einmal erwähnt. Wie spielt das dann zusammen oder machen wir hier etwas was dann vom Kanton überfahren wird. Das waren die Themen, die wir beim Kommunalen Gesamtplan hatten. Das Parkraumkonzept war bei einigen schon längst überfällig und für andere absolut überflüssig. Auch dort hatten wir wieder Diskussionen darüber, ob der Nutzen vorhanden ist, sind es Erträge, die die Gemeindefinanzen wirklich retten, wohl eher nicht. Summa summarum war es ein hin und her. Die Fraktion wird aber einem Antrag mehrheitlich zustimmen, es wird aber auch Enthaltungen und Nein-Stimmen geben. Wir haben aber noch konkrete Anliegen zu den Offerten der Metron. Die Offerte von Januar 2018 ist relativ alt, ist sichergestellt, dass diese Offerte noch gültig ist? Werden diese Experten, die darin angeboten wurden, die sicher unbestritten gut sind, auch verfügbar sein? Das müsste geklärt werden. Die Offerte wurde nach Zeittarif, ohne Kostendach erstellt. Ebenso enthalten ist ein Mitwirkungsverfahren und wir wissen alle, dass bei einem solchen iterativen Vorgehen, die Kosten davongaloppieren können.

Deshalb wollen wir den Gemeinderat dazu auffordern, dafür besorgt zu sein, dass der Auftrag mit einem Kostendach ergänzt wird, damit man ein Plafond setzen kann. In der Offerten Auswertung wurde erwähnt, dass die Metron auch beim Projekt Schild-Ost mandatiert ist, dort wollen wir einfach sichergestellt haben, dass es dort nicht zu Interessenkonflikten kommt. Falls der Antrag angenommen und die Metron damit beauftragt wird, bitte ich den Gemeinderat, das aufzunehmen und zu klären.

**Micha Jetzer:** Ich habe vieles aufgeschrieben, was ich eigentlich sagen wollte, aber ich werde es zusammen kürzen. Eines möchte ich sicher daraus hervorheben, der Grundstein, den man mit dem kommunalen Gesamtplan Verkehr macht, ist sicher richtig, man hat damit die Möglichkeit damit zu planen. Wir haben diverse Dinge, die in diesen Gesamtplan hineinspielen, die Fernwärme, der Verkehr, der zunimmt oder auch die Diskussionen mit Baden Regio usw. Deshalb sind wir mehrheitlich der Meinung, dass wir dadurch eine gute Grundlage von unserer Seite her bereitstellen um mitdiskutieren zu können.

In der untersten Zeile auf Seite 5 bei der Stellungnahme der Verkehrskommission steht, dass so die Parkraumbewirtschaftung am Ende trotzdem immer rentabel bleibt. Ich muss sagen, durch das was wir hier drin eigentlich immer wieder diskutieren, finde ich es schön, dass wir auch einmal auf der Einnahmeseite etwas machen können. Klar müssen wir diese Investitionen machen, aber ich finde das mal ein positiver Punkt. Wir von der Seite SVP stehen mehrheitlich hinter diesen beiden Anträgen.

**Marco Erni:** Die SP-Fraktion stimmt diesem Geschäft einstimmig zu. Für uns ist es eine klare Sache und ein wichtiges Geschäft. Einige Gründe stelle ich Ihnen gerne dazu vor. Beim Parkraumkonzept ist es so, dass in der Gemeinde Obersiggenthal in den letzten 20 Jahren viel passiert ist. Der Verkehr hat massiv zugenommen und auch die Bevölkerung hat sich seit 1996 um ca. 1'000 Einwohner vergrößert. Entsprechend ist es höchste Zeit, dieses veraltete Konzept zu

überarbeiten um die Grundlage für eine zeitgemässe Parkierung in der Gemeinde zu schaffen. Dadurch haben wir bessere Ordnung und die Möglichkeit zusätzliche Einnahmen zu generieren.

Noch wichtiger als das Parkraumkonzept ist aus unserer Sicht der Kommunale Gesamtplan Verkehr. Denn diesen braucht es nicht nur aufgrund des Parkraumkonzeptes. Er legt den Grundstein für die Aufwertung von Strassenräumen, Verbesserungen von Fuss- und Radwegen sowie Optimierungen bei der ÖV-Erschliessung. Von wesentlicher Bedeutung ist aber, dass der Kommunale Gesamtplan Verkehr behördenverbindlich sowohl für Gemeinde wie auch den Kanton ist und uns ein gewisses Gewicht bei den Diskussionen mit dem Kanton gibt. Ich nenne als Beispiele die zwei Kantonsstrassen Landstrasse und die Hertensteinstrasse. Bei der Hertensteinstrasse gib es wesentliche Sicherheitsdefizite. Die Defizite sowie geeignete Massnahmen müssen in den Kommunalen Gesamtplan Verkehr aufgenommen und somit die Umsetzung vorbereitet werden. Bei der Landstrasse geht es darum, dass wir sie nicht noch mehr dem Verkehr opfern, sondern auch Aufwertungsmassnahmen erzielen können. Von grosser Bedeutung ist der Kommunale Gesamtplan Verkehr im Zusammenhang mit dem Projekt OASE. Das Projekt OASE hat einen zeitlichen Horizont bis 2040, aber der Kanton arbeitet bereits jetzt schon an diesem Projekt. Irgendwann wird es in den Richtplan aufgenommen und zu irgendeinem Zeitpunkt kommt diese OASE. Im Kommunalen Gesamtplan Verkehr legen wir fest, in welche Richtung sich der Verkehr in unserer Gemeinde entwickeln soll. Wir schaffen damit eine erste Verbindlichkeit, um mit dem Kanton möglichst auf Augenhöhe diskutieren zu können. Falls das Projekt OASE kommt, wie es der Kanton heute vorsieht, ist die Gemeinde stark gefordert, den maximalen Nutzen herauszuholen. Dies ist nur möglich, wenn wir uns rechtzeitig wappnen und die verkehrsplanerischen Aufgaben gemacht und unsere gewünschten Massnahmen und Ziele formuliert haben.

Für eine Gemeinde mit grossen verkehrlichen Herausforderungen, wie sie Obersiggenthal hat, ist die Zustimmung zu diesem Geschäft aus unserer Sicht eigentlich ein Muss. Nur so können wir die verkehrliche Zukunft der Gemeinde wieder aktiv mitplanen.

**Peter Marten:** Die FDP-Fraktion unterstützt beide Geschäfte, aber wir wissen noch nicht ob man diese Geschäfte unter der Rubrik Kür oder Pflicht kategorisieren kann. Nach deinen Ausführungen geht es schon fast in die Kür über. Trotzdem tauchen ein paar Fragen auf, die noch nicht restlos beantwortet sind. Gemäss Offerte der Metron wurde die Definition der Ziele durch eine Arbeitsgruppe mit den Kommissionen festgelegt. Mir ist nicht klar, wer diese Arbeitsgruppe bildet und welche Kommissionen die Ziele konkret festlegen. Ich habe die Ziele gehört, die die SP-Fraktion gerne hätte, zum Beispiel das Thema Hertensteinstrasse, es gibt sicher auch noch andere, je nach persönlichem Empfinden. Wir fragen uns, wie stark der Gemeinderat auf diese Ziele Einfluss nehmen wird. In dieser Vorlage wird referenziert u.a. auf das Projekt Schild-Ost, das ist ja für einen grossen Teil der Bevölkerung eine Blackbox und hier noch einmal mehr der Aufruf an den Gemeinderat, dass man sich hier überlegt, wie man hier kommunizieren wird.

Der Einwohnerrat hat es jetzt in der Hand den Prozess ergebnisoffen anzustossen oder die Kreditgenehmigung von Anfang an mit dem Auftrag zu verknüpfen, ein kostendeckendes Wirtschaftssystem zu erarbeiten. Ist es jetzt die Idee, dass ich einen Antrag stellen muss, damit es kostendeckend ist oder wird das nicht eigentlich schon auf die Vorlage hin vorgegeben, in dem man suggeriert, dass man mit dem Projekt Mehreinnahmen hat. Das ist auch unklar und dazu hätte ich gerne eine Zusatzinformation. Es ist mir neu, dass ich die Zahlen aus den Fingern saugen muss, ich hoffe, dass das von den Grundlagen her etwas besser standhält. Wir haben die Befürchtung, dass die Zahl der öffentlichen Parkplätze, die hier mit 250 Stück in der Rechnung angegeben sind, nicht stimmt. Wir wären froh, wenn es dann auch so sein würde, wir haben uns versucht vorzustellen, was das für möglich Flächen sein werden, und wir sind gespannt wie man das konkret lösen will, aber genau dafür haben wir ja das Konzept.

**Petra Rutschmann:** Wir Grünen finden es richtig, dass auch der Fuss- und Radverkehr seine Berücksichtigung findet, von dem her ist der Kommunale Gesamtplan Verkehr ist ein wichtiges

Instrument. Die Verkehrssicherheit und die Lärmbelastung sind im Hinblick auf das Projekt OASE wichtige Themen, die damit berücksichtigt und bearbeitet werden. Beim Parkraumkonzept ist es uns ein grosses Anliegen, dass das Parkieren von Motorfahrzeugen kostenpflichtig wird, dass es klar ist wo parkiert werden darf und wo nicht und dass das auch kontrolliert und gebüsst wird. Sehr gern haben wir über die kostendeckenden Gebühren gelesen, vielleicht könnte man die sogar so gestalten, dass ein plus daraus resultiert, dafür wären wir auch zu haben. Wir werden zustimmen.

**Dieter Martin, Gemeindeammann:** Zur Frage von Peter Marten, ob der Gemeinderat darauf Einfluss nehmen kann. Ich möchte auf die Offerte der Metron verweisen, auf Seite 14 steht, dass das Parkraumkonzept und der Kommunale Gesamtplan Verkehr behördliche Instrumente sind und daher vom Gemeinderat beschlossen werden. Die Erarbeitung erfolgt durch eine Arbeitsgruppe und Schlüsselpersonen aus der Verwaltung und der Exekutive. Die beiden gemeinderätlichen Kommissionen stehen beratend zur Seite. Es ist ganz klar, dass der Gemeinderat zusammen mit der Verwaltung Taktgeber ist. Selbstverständlich beraten wir das zusammen mit den entsprechenden Kommissionen, die uns zur Verfügung stehen. Wir haben aus der Vorlage gesehen, dass der Gemeinderat der Meinung ist, dass wir jetzt das Geld in die Finger nehmen und nicht zum Spass irgendwelche Parkuhren hinstellen, sondern das Ziel ist es, dass ein gewisser Ertrag erwirtschaftet werden kann. Wie die Partizipation aussieht, muss im Rahmen von Workshops diskutiert werden. Bei diesen Workshops soll auch der Einwohnerrat begrüsst werden, so dass wir hier eine abgestimmte Lösung anstreben können. Das Ziel ist es aber grundsätzlich schon, dass es einen gewissen Ertrag gibt.

**Christian Buser:** Es ist mehr eine Bitte, wenn die Metron damit beauftragt wird.

**Dieter Martin, Gemeindeammann:** Wir haben auch gesehen, dass wir eine relativ alte Offerte haben, als wir die Entscheidungen fällten. Wir haben aber die entsprechenden Abklärungen beim Anbieter gemacht, die Offerte ist nach wie vor gültig.

**Volkmar Hauelsen:** Ich war, was das Parkraumkonzept betrifft, enttäuscht. Vor zwei Jahren haben wir das abgelehnt, und es kommt mehr oder weniger gleich daher, und zeigt mir die Fragilität ob wir jeweils damit Geld verdienen. Die Notwendigkeit daher geleitet aus einem gewissen Artenreichtum von Wildparkierern, Dauerparkierern und Fremdparkierern. Der Wildparkierer, den erlegen wir nicht mit einem Parkraumkonzept, sondern mit polizeilichen Kontrollen, der darf auch heute nicht wild parkieren, und wenn irgendwo Parkuhren stehen und er parkiert heute wild, dann wird er auch in Zukunft nicht auf den kostenpflichtigen Parkplätzen stehen. Das können wir nicht mit dem Parkraumkonzept lösen. Der Dauerparkierer, der bezahlt schon CHF 60, daran wird sich nicht viel ändern. Der Fremdparkierer ist natürlich ein Spezieller, er parkiert auf unserem hoheitlichen Gebiet. Beim Markthof um Umsatz zu erzeugen, das ist vielleicht kein unliebsamer Fremder. Wenn er auf dem Schwimmbadparkplatz parkiert um ins Schwimmbad zu gehen, ist er vielleicht auch kein unbeliebter Fremder. Wenn wir das mit einer Parkgebühr von CHF 0.50 belegen, die Leute aber dafür nicht mehr ins Schwimmbad gehen, dann finde ich das eine heisse Gradwanderung.

Wenn ich mir die Zahlen ansehe, die jetzt geliefert werden, dann ist das eine ganz einfache Rechnung, ohne Zinsen, ohne Diskontierung einfach eine Rechnung mit angenommenen Zahlen, wie sie jetzt gerade sind, die ich nicht unvernünftig finde. So würden wir den ersten Nettofranken nach ungefähr fünf Jahren verdienen, das ist eine gewisse Zeit. Der Ertrag ergibt sich aber leider relativ oft aus der Differenz im Vergleich relativ grosser Zahlen. Wenn sich an diesen Zahlen etwas ändert, ändert sich der Betrag sehr schnell. Peter Marten hat die Anzahl von 250 Parkplätzen angesprochen. Hier ist zugrunde gelegt, dass an 365 Tagen auf 250 Parkplätzen 1,2 Stunden, das sind 1 Stunde und 12 Minuten im Schnitt parkiert wird und die Stunde mit CHF 0.50 abgerechnet wird, eine vernünftige Annahme. Wenn man dann aber mit den Zahlen spielt, sieht man wie sensitiv das ist. Wenn wir nur die Hälfte der Parkplätze oder nur die halbe Parkzeit verkaufen, dann haben wir den ersten Nettofranken nicht nach fünf Jahren, sondern nach 14 Jahren. Ich finde den Antrag in keiner Weise besser als den vor zwei Jahren.

Ich habe einfach Angst, dass wir beim Parkraumkonzept mehr investieren, plus laufende Kosten haben, als wir in nützlicher Frist Einnahmen generieren können.

**Lukas Füglistler:** Volkmar hat die Wildparkierer, die Dauerparkierer erwähnt. Wir haben Dauerparkierer, einer davon steht vorwiegend beim Kirchweg hinunter in Richtung Reformierte Kirche. Wir haben heute keine Handhabung dagegen etwas zu machen. Ich habe bei der Gemeindekanzlei nachgefragt und die Antwort erhalten, dass die Polizei dafür zuständig ist. Ich habe die Polizei gefragt und dort die Antwort erhalten, dass sie nicht kontrollieren können, aus welchen Gründen auch immer. Der Kommunale Gesamtplan Verkehr ist grundsätzlich wichtig, damit man das Parkraumkonzept erstellen kann. Mit dem Parkraumkonzept haben wir danach eine Handhabung, dass man gegen Wildparkierer und Dauerparkierer vorgehen kann. Wir haben Durchfahrten in Quartierstrassen, zum Beispiel der Waldeggweg, die Rainstasse, ich könnte noch viel mehr Strassen aufzählen auch in Kirchdorf hat es die eine oder andere Strasse, bei denen parkiert wird. Wir müssen eine Durchfahrtsbreite haben, ansonsten haben die Blaulichtorganisationen keine Chance durchzukommen. Wenn irgendwo ein Haus brennt, und einer auf der Strasse steht, möchte ich dann den sehen, der mit dem Wassereimer rennt. Von dem her gesehen, ist das Parkraumkonzept absolut notwendig. Über den Zeithorizont haben wir schon des Öfteren diskutiert, über die Qualität kann man auch streiten aber jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, das in die Hände zu nehmen, damit wir nachher eine saubere Sache haben.

**Volkmar Hauelsen:** Viele denken, dass wir das mit einem Parkraumkonzept weg bekommen. Meines Wissens werden Dauerparkierer, die ständig dort stehen und die CHF 60 nicht bezahlen gebüsst. Wenn der gelbe Schlitten, den kenne ich auch, nicht gebüsst wird, dann wird er mit dem Parkraumkonzept auch nicht gebüsst. Er steht bereits heute, wenn er nichts zahlt, nicht rechtmässig dort. Einer der der Feuerwehr im Weg steht, der steht der Feuerwehr im Weg ob daneben eine Parkuhr ist oder nicht. Der kann heute schon gebüsst werden, wenn er heute nicht gebüsst wird, dann brauchen wir ihn auch in Zukunft nicht zu büssen. Das hat nichts mit einem Parkraumkonzept zu tun.

**Christian Keller:** Ich habe noch eine Randbemerkung. Beim Parkraumkonzept wissen wir eigentlich nicht, was dort konkret drin steht. Die Gemeinde macht Vorgaben über das Parkraumkonzept, hier kann der Planer zum Beispiel sagen, dass die ganze Bewirtschaftung kostendeckend sein muss und es keine Probleme für die Blaulichtorganisationen geben darf. Dann wird das zusammen ausgearbeitet, damit es diese Bedingungen erfüllt. Was schlussendlich mit dem Parkraumkonzept herauskommt, hängt von den Vorgaben der Gemeinde ab.

---

Keine weiteren Wortmeldungen.

---

### **Abstimmung**

- 1. Der Verpflichtungskredit über CHF 57'500 netto inkl. MwSt. für die Erarbeitung eines Kommunalen Gesamtplans Verkehr (KGV) sei zu genehmigen.**
- 2. Der Verpflichtungskredit über CHF 55'500 netto inkl. MwSt. für die Erarbeitung eines Parkraumkonzeptes (PRK) sei zu genehmigen.**

**Dem Antrag wird mit 35 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen zugestimmt.**

**5      2018.47      Zusammenschluss zur Spitex Limmat-Aare-Reuss (Spitex LAR); Genehmigung der Leistungsvereinbarung**

Eintreten wird nicht bestritten

\_\_\_\_\_

**Walter Vega, Gemeinderat:** Die Spitex Obersiggenthal stellt seit über 10 Jahren die ambulante Pflege in der Gemeinde sicher. Sie hat sehr klein angefangen und ist in den letzten Jahren sukzessive herangewachsen. Aus einem kleinen Betrieb ist nun ein KMU (kleines und mittleres Unternehmen) geworden. Sie hat aber heute eine kritische Grösse erreicht, bei der das betriebswirtschaftliche Arbeiten nicht mehr gegeben ist. Zudem steigt die Komplexität in der ambulanten Betreuung immer mehr an, es kommen immer mehr kantonale Aufgaben und Vorlagen, die nicht mehr von einer Spitex in unserer Grösse alleine bewältigt werden können. Aus diesem Grund haben die Präsidien der fünf Spitex-Vereine die ersten Gespräche im Zusammenhang mit einem möglichen Zusammenschluss geführt. Alle waren sich einig ein solches Projekt zu starten. Der Zusammenschluss wurde vorangetrieben und in den einzelnen Vereinen besprochen. Alle fünf Vereine haben dem Zusammenschluss mit hoher Mehrheit zugestimmt. Alle Gemeinden haben den Auftrag eine bedarfsgerechte ambulante Betreuung zur Verfügung zu stellen. In der Regel ist es nicht so, dass eine Gemeinde eine solche Betreuung selber ins Leben ruft, sondern hier arbeitet man mit verschiedenen Leistungsvereinbarungen. Eine solche Leistungsvereinbarung haben wir bereits jetzt bei der Spitex Obersiggenthal. Durch eine Arbeitsgruppe wurde eine neue Leistungsvereinbarung erarbeitet, ich war auch ein Teil dieser Arbeitsgruppe, es waren aber auch andere Gemeinderäte dabei. Es hatte aber ebenfalls auch noch andere Personen aus den Spitex-Organisationen dabei. Daraus ergab sich die Leistungsvereinbarung, die ihr in der Aktenaufgabe sehen konntet.

Wir haben in einer Arbeitsgruppe sogenannte „key piece“ zusammengestellt, das sind quasi die Kennzahlen, die nachher ausgewertet werden. Schlussendlich muss man regelmässig zusammen kommen um zu wissen, ob man mit dieser neuen Spitex noch auf Kurs ist oder nicht. Das heisst, dass eine solche Leistungsvereinbarung jederzeit gekündigt werden kann, wenn wir das Gefühl haben, dass es nicht so funktioniert, wie es sein sollte. Am 17. Juli 2018 wurde der Akt für die neue Aktiengesellschaft vollzogen. Über dieser Aktiengesellschaft wird dann später eine Stiftung stehen, die das ganze Aktienkapital beinhaltet. In der Aktiengesellschaft bin ich einer der Verwaltungsräte, ich vertrete auf der einen Seite die Gemeinden und decke aufgrund meines Fachwissens den Teil der Informatik ab. Die anderen Verwaltungsräte sind auch Fachleute, es sind Finanzleute es sind aber auch Personen aus dem Pflegebereich. Im Stiftungsrat ist es ähnlich, auch dort haben wir einen Gemeinderat, der vertretend für alle Gemeinden ist.

Heute hat jede Spitex-Organisation einen eigenen Stützpunkt. Der heutige Stützpunkt von Baden wird weiterhin bestehen bleiben, zusätzlich gibt es einen neuen Stützpunkt bei der Steigstrasse in Turgi. Bei diesem Stützpunkt sprechen wir vom Stützpunkt Land, dort haben wir die gesamte Administration, die Geschäftsleitung, aber natürlich auch die Teams, die die Pflegeleistungen erbringen. Die Mitarbeiter werden von Baden aus die Gebiete Baden und Ennetbaden abdecken und der Stützpunkt Turgi wird vor allem die anderen Gebiete abdecken. Man wird aber sicher auch versuchen eine Effizienzsteigerung zu bringen, indem man versucht das Personal so zu organisieren, dass sie direkt von zu Hause zu den Klienten fahren können. Heute ist es so, dass Sie zuerst über den Stützpunkt gehen. Der Stützpunkt in Turgi sollte ab 30. April 2019 zur Verfügung stehen. Die ganze Organisation wird am 1. Juli 2019 den Betrieb aufnehmen.

Von der Kostenseite her, ist es so, dass man als Basis die Kosten aller Spitex-Organisationen des Jahres 2017 genommen hat. Weil verschiedene Finanzierungsmodelle bestanden, hat man am Schluss einen fixen Betrag pro Stunde genommen, dieser liegt nun bei CHF 51. Dies puscht die Spitex-Organisationen ein wenig, dass sie mit diesem Betrag auskommen müssen, es soll für sie eine Motivation sein. Wir in Obersiggenthal sind nun ausnahmsweise mal in der

positiven Situation, dass sich die Kosten eher stabilisieren oder sie sich eventuell sogar etwas senken. Dies ist nicht bei allen Gemeinden so, aber bei uns könnte es zu einer Stabilisierung führen, wenn es sich so entwickelt, wie es berechnet wurde. Von dem her gesehen denke ich, dass es eine gute Sache ist, wenn man das so in Angriff nimmt. Wir haben eine vierfache Win-Situation. Für die Gemeinde ist es sicher positiv, denn wir haben die Dienstleistungen zentral von einer Organisation. Heute ist es ein wenig verteilt, die Palliative Care kommt von einem Ort und im Bereich der Demenz kommt die Dienstleistung von einem anderen Ort. Für die Spitex ist es so einfacher und besser zu arbeiten aber auch für die Klienten ist es einfacher, wenn sie die Pflege aus einer Hand erhalten. Auch die Arbeitnehmer haben durch die neue Grösse der Spitex-Organisation, das sind dann ungefähr 150 Mitarbeiter, weitere Entwicklungsmöglichkeiten und gute Arbeitsbedingungen. Aus diesem Grund empfehle ich dem Einwohnerrat dem Zusammenschluss zuzustimmen.

**Markus Renggli:** Wir sind in dieser Fraktion einstimmig für die Zusammenschliessung von diesen verschiedenen Spitex-Organisationen und unterstützen diesen Antrag.

**Peter Huber:** Die Fraktion brauchte hier nicht so lange, bis wir zu einer Entscheidung kamen. Die Kostenoptimierung, eine transparente Leistung aus einer Hand ist in unserem Sinn. Aus betriebswirtschaftlichen Gründen ist es ein weiser Entscheid diese Form zu wählen. Durch die Synergien und die fachliche Breite der Mitarbeiter kann vieles erreicht, erweitert und verbessert werden. Ausfälle durch Ferien, Krankheit und Unfall bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können einfacher abgefangen werden und zusätzlich gib es eine Preisstabilisierung oder sogar eine Reduktion.

**Ursula Spinnler:** Die FDP steht einstimmig hinter diesem Entschluss. Die Begründungen können wir alle aus dieser Vorlage entnehmen, die möchte ich hier nun nicht mehr aufzählen. Die FDP begrüsst es sehr, dass die Einführung des Finanzierungsmodells, mit einem fixen Stundenansatz für Obersiggenthal zu einer Kostenstabilisierung im Jahr 2019 oder sogar zu einer leichten Reduktion führen soll.

**Petra Rutschmann:** Betreffend Spitex ist uns eingefallen, dass in diesem Bereich zunehmend Spezialisierungen gefordert sind. Walter Vega hat es bereits angesprochen, es sind das die Palliative Care, Psychiatrie, Demenz, Diabetesberatung, Onkologiepflege usw. Ich nehme an, dass auch die Ansprüche für die Pflegedokumentation ansteigen, dafür benötigt es bestimmt auch eine spezialisierte Software, das sind alles Dinge, die in einer grösseren Spitex-Organisation besser zu bewältigen sind. Wir werden dieses Geschäft unterstützen.

**Friedrich Wollmann:** Ich habe noch eine Frage zum Betrag von CHF 51. Ist dieser Betrag für lange Zeit in Stein gemeisselt, wurde dieser mit den Krankenversicherern so ausgehandelt? Bei mir steckt vor allem folgende Frage dahinter. Aufgrund dieser Spezialisierungen ist mit einem beachtlichen Bedarf an Weiterbildungen, für die, die bereits im Beruf sind zu rechnen. Ist dieser Ausbildungsauftrag damit abgedeckt? Wir haben hier ein Fass ohne Boden, man sollte viele junge Leute ausbilden, die eigentlich an dem Beruf interessiert sind. Sind mit diesem Preis von CHF 51 genügend Ausbildungsplätze vorhanden?

**Walter Vega, Gemeinderat:** Diese CHF 51 sind quasi das Defizit, das wir übernehmen. Das ist ein fixer Betrag, und der ist nicht mit den Krankenversicherern abgemacht. Dieser Betrag wurde betriebswirtschaftlich berechnet. Bei den Krankenversicherern gelten die anderen Tarife, das sind die KLV Tarife, die sind definiert und die sind schon sehr lange fix, zu lange. Mit diesem Restbetrag von CHF 51 kommen wir durch und können damit alles abdecken. In diesem Betrag ist neben dem Leistungsauftrag unter anderem auch die Ausbildung der Mitarbeiter mitrechnet. Die Ausbildung auf diesem Gebiet ist ein Muss.

\_\_\_\_\_

Keine weiteren Wortmeldungen.

\_\_\_\_\_

## Abstimmung

Die ab 1. Juli 2019 gültige Leistungsvereinbarung mit der Spitex Limmat-Aare-Reuss AG (LAR) wird unter gleichzeitiger Aufhebung der bestehenden Vereinbarung mit dem Verein Spitex Obersiggenthal genehmigt.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

<b>6</b>	<b>Kreditabrechnungen</b>
2015.12	Hallen- und Gartenbad, Übergabe Unterlagen an neues Architekturbüro
2015.12	Hallen- und Gartenbad, Planungskredit für Variantenvergleich
2011.39	Öffentliches Kanalisationsnetz; Erneuerung von Kanalfernsehaufnahmen und Schachtprotokollen
2018.10	Sporthalle Obersiggenthal; Dringende Sanierung Flachdach

Eintreten wird nicht bestritten

\_\_\_\_\_

**Christian Keller:** Der Gemeinderat und die Finanzkommission verzichten darauf etwas dazu zu sagen.

\_\_\_\_\_

Keine weiteren Wortmeldungen.

\_\_\_\_\_

## Abstimmungen

**Folgende Kreditabrechnungen werden genehmigt:**

**GK 2015/12 Hallen- und Gartenbad, Überarbeitung an neues Architekturbüro**

**GK 2015/12 Hallen- und Gartenbad, Planungskredit für Variantenvergleich**

**GK 2012/12 Öffentliches Kanalisationsnetz; Erneuerung von Kanalfernsehaufnahmen und Schachtprotokollen**

**GK 2018/10 Sporthalle Obersiggenthal; dringende Sanierung Flachdach**

**Die Kreditabrechnungen werden einstimmig genehmigt.**

<b>7</b>	<b>2018.29</b>	<b>Postulat von der Grünen-Fraktion betreffend Einführung einer Sozialkommission</b>
----------	----------------	--

Eintreten wird nicht bestritten

\_\_\_\_\_

**Petra Rutschmann:** Ich bitte sie um Nachsicht, wenn ich nicht ganz so strukturiert bin, leider funktionierte mein Drucker nicht, deshalb musste ich mir handschriftliche Notizen machen. Zuerst danke ich dem Gemeinderat für die Ausarbeitung der Idee zur Sozialkommission. Ich finde, dass die Ausarbeitung inhaltlich gut dargelegt ist, und man versteht um was es geht. Ich bin aber nicht einig mit der Schlussfolgerung. Wenn ich mir auf Seite 4 ansehe, wie die Entscheidungskompetenzen gestaltet sind, dann habe ich zwei Themen. Ich sehe, dass der Gemeinderat für Erstanträge zuständig bleiben möchte, alle anderen Dinge werden durch die Geschäftsleitung und die Abteilungsleitung entschieden. Für mich stellt sich hier die Frage, ob das korrekt ist, wenn die jährlichen Anträge, die jedes Jahr wieder neu eingegeben werden

müssen von der Geschäftsleitung geprüft werden. Nach meinen Recherchen kann der Gemeinderat, gemäss § 39 des Gemeindegesetzes Entscheidungsbefugnisse delegieren. Ein Merkblatt dazu sagt, dass dies bei einer Sozialkommission nicht anwendbar ist, und die Spezialbestimmungen des Sozialhilfe- und Präventionsgesetzes vorgehen.

Wie ich sehe, wurde der §44 des Sozialhilfe- und Präventionsgesetzes in der Ausarbeitung auch zitiert. Darin steht, dass der Gemeinderat oder eine von ihm eingesetzte Sozialkommission der Entscheidungskörper der Gemeinde sei. Es steht nichts von weiteren Möglichkeiten, aus meiner Sicht ist das abschliessend. Für mich ist das ein grosses Fragezeichen, zudem frage ich mich wie sinnvoll es ist, wenn die Verwaltung Anträge stellt und die Verwaltung diese bewilligt. Wir werden sicher dort zustimmen, wo es um die Entscheidungskompetenzen, in Bezug auf Einzelfälle oder auch um Kostengutsprachen für Therapien usw. geht. In diesem Bereich muss natürlich auch der Abteilung die Kompetenz gegeben werden, um das zu entscheiden. Ich bin einfach mit dem Gesamtentscheid innerhalb der Verwaltung nicht einverstanden.

Es wird damit argumentiert, dass für die Sozialkommission ein Reglement gemacht werden müsste. Dazu möchte ich nur sagen, dass das nicht viel Aufwand ist, das kann bei der Nachbargemeinde abgeschrieben werden, und sonst könnte auch ich es schreiben. Auch wenn das anderweitig delegiert wird, muss gemäss Gemeindegesezt ein Reglement geschrieben werden. Somit muss das Reglement so oder so verfasst werden, das fällt nicht weg. Mir ist nicht klar, ob die Kosten ein Argument sein sollen. Meiner Ansicht nach kostet eine Sozialkommission gleichviel, ob man sie jetzt oder erst 2021 einführt. Die eigentliche Überlegung der Sozialkommission ist, dass dieses Gremium, das Fachwissen hat und sich auch fachlich spezifisch weiterbildet um über diese Anträge zu entscheiden. Das wäre mit einer Geschäftsleitung auch nicht gelöst, den die ist kein Fachgremium, das die Anträge prüft.

Kurz gesagt, ist es für uns wirklich am fragwürdigsten, wenn man die Entscheide in der Verwaltung lässt. Wir von den Grünen werden der Ziffer 1 des Gemeinderatantrages zustimmen und die Ziffer 2 aber ablehnen.

**Walter Vega, Gemeinderat:** Vielen Dank für deine Ausführungen Petra Rutschmann. Was das Geschäfts- und Kompetenzreglement betrifft, wurden von uns Abklärungen gemacht. Es gibt andere Gemeinden, die das auch so im Einsatz haben. Wir haben dies aber auch mit Spezialisten in diesem Gebiet geklärt, wir können dies aber selbstverständlich nochmals mitnehmen, das ist keine Frage. Du hast gesagt, dass ihr den Punkt 1 annehmen und den Punkt 2 ablehnen würdet. Für uns ist es wichtig, wir wollten keine Tür schliessen, uns ging es einfach darum, dass wir nicht zu viel auf einmal machen. Wir haben die Geschäftsleitung, die im nächsten Jahr beginnt. Wir haben hier das Geschäfts- und Kompetenzreglement, und das war ein Punkt aus dem Postulat, ihr habt darin zwei Hauptthemen angesprochen. Das eine war die Entlastung des Gemeinderates und das andere war das Thema Fachwissen, dass man mit einer Sozialkommission bündeln könnte. Mit dem Budget haben wir eine Stelle erhalten, die unsere Pendenzen aufarbeitet, gewisse Projekte aber auch ein gewisses Coaching im Sozialdienst macht, damit der Sozialdienst mal auf Vordermann ist. Uns ging es viel mehr darum, dass man das sowie die Einführung der Geschäftsführung mal abwartet. Das braucht sicher eine Beobachtungszeit von einem Jahr, danach kann man das Ganze nochmals in Ruhe anschauen. Das war unser Hintergedanken, weshalb wir das so formuliert haben.

Wenn ihr sagt, dass ihr Punkt 2 ablehnen würdet, das würde bedeuten, dass man ja schneller etwas machen müsste und das Ganze nicht nach hinten schieben könnte. Wir haben bei dieser Vorlage gesagt, dass das ungefähr CHF 3'000 kostet, das war eine Schätzung. Wir müssen eine Arbeitsgruppe haben, die dieses Reglement zusammenstellt, dieser Betrag beinhaltet die Mitgliedersuche usw. Wir sind nun mal von diesen CHF 3'000 ausgegangen. Dabei handelt es sich nur um einmalige Kosten, das müsst ihr euch bewusst sein. Eine Sozialkommission hat sicher auch wiederkehrende Kosten, die ist nachher nicht gratis. Falls es jetzt nach der Abstimmung dazu kommt, dass wir die Gruppe sofort machen müssen, dann müssten wir die CHF 3'000, die 2019 nicht budgetiert sind, quasi frei geben. Die wiederkehrenden Kosten haben wir grob gerechnet, das hängt natürlich auch davon ab, wie viele Sitzungen, das man hat, wie

lange diese Sitzungen dauern und wie das mit der Aktenauflage geregelt wird. Wir gehen von ca. CHF 10'000 bis CHF 15'000 im Jahr aus, damit eine solche Kommission existiert und so auch funktionieren kann. Dies wird natürlich dann auch im Rahmen von einer Arbeitsgruppe erhärtet.

Der Einwohnerrat muss sich einfach bewusst sein, dass wenn man eine Abstimmung macht, es auch zu Folgekosten kommt. Es ist mir ein Anliegen, dass ihr das wisst und je nach dem zu welchem Zeitpunkt das es kommt, kann man es budgetieren, aber wenn man es sehr schnell machen will, ist es natürlich nicht budgetiert. Es geht nicht darum die Tür zu schliessen, grundsätzlich sehen wir absolut den Sinn einer solchen Sozialkommission, aber für uns ist der momentane Zeitpunkt zu früh, um das aufzugleisen.

**Mia Jenni:** Die SP-Fraktion sieht sehr gern, wie das Postulat ausgearbeitet wurde, dass eine ernsthafte Gestaltung angestrebt wird und dass weitere Schritte bereits angedacht sind. Umso unverständlicher ist es, und hier schliessen wir uns den Gründen an, dass man das nicht weiterverfolgen will, sondern ganze drei Jahre warten möchte. Wie es Petra Rutschmann bereits angekündigt hat, muss ein Reglement sowieso ausgearbeitet werden, und die Sozialhilfefälle warten auch nicht bis wir uns mit dem Geschäftsleitungsmodell wohl fühlen. Die Fachkompetenzen werden jetzt schon gebraucht und nicht erst in drei Jahren. Ebenfalls zu kritisieren ist, wie in der Tabelle auf Seite 4 ersichtlich, dass man der Geschäftsleitung Kompetenzen gibt, die nicht nur operativ sind. Zum Beispiel wird bei Punkt 9.2 ein Grundsatzentscheid von der Geschäftsleitung getroffen. Hier stellt sich also auch schon die Frage nach den Fachkompetenzen, welche bei der Sozialkommission gegeben wären. Wir beantragen darum über den Antrag gesplittet abzustimmen. Wir werden dem Punkt 1 zustimmen, Punkt 2 aber ablehnen. Was die Folgekosten von CHF 10'000 bis 15'000 betrifft, gewisse Kosten werden sicher wegfallen und es wird ja nicht einfach teurer. Die Sozialkommission soll ja auch gewisse Personen entlasten.

**Jacqueline Magni:** Die EVP stellt sich hinter die Ausführungen von Walter Vega. Für uns macht es durchaus Sinn, zuerst zu evaluieren und zu sehen wie sich das entwickelt und danach zu entscheiden. Wie du bereits gesagt hast, es ist nicht vom Tisch. Wir befürworten das.

**Petra Rutschmann:** Das mit dem Warten bis der Sozialdienst auf Vordermann ist, ist so eine Sache. Ich arbeite seit langer Zeit in diesem Bereich, der Sozialdienst ist nie auf Vordermann, das ist kein Argument. Ihr könnt rundherum alle Gemeinde- und städtischen Sozialdienste anfragen, die sind immer am Reorganisieren, die sind immer etwas Neues am Umsetzen und die sind immer wegen Kündigungen wieder neue Leute am Einarbeiten, die sind nie auf Vordermann. Zum Kostenargument mit den CHF 10'000 bis CHF 15'000, kann ich nur sagen, dass es klar ist, dass da Kosten entstehen. Das Ziel dieser Sozialkommission wäre ja auch, dass die Kosten geprüft werden. Ich kann mich an die letzte Sitzung erinnern, dort hast du selber gesagt, dass solche Dinge wie Erbschaften, subsidiäre Leistungen usw. einfach unter gehen. Eine Erbschaft kann auch mal schnell CHF 10'000 bringen. Ich kann mir vorstellen, dass man nicht immer ein Minus darstellen muss, sondern dass man auch einmal ein Plus prüfen kann. Für mich ist die Verknüpfung mit der Geschäftsleitung nicht logisch, denn die Sozialkommission hat nichts mit der Geschäftsleitung zu tun. Der Gemeinrat verändert seine Strukturen sowieso.

**Erich Schmid:** Ich wollte bei den Kosten das gleiche sagen, denn es könnte daraus auch eine Einnahmequelle oder eine Minderausgabe entstehen. Das ist auch eines der Ziele der Sozialkommission, die man hier einführen will. Von den Anträgen, die von der Verwaltung an die Verwaltung gestellt werden, wird es im nächsten Jahr 500 pro Jahr geben. Jede Vergabe einer Ingenieurleistung wird ein Antrag von der Abteilung Bau und Planung an die Geschäftsleitung sein, der kompetenzentsprechend ist. Das wird Standard und nicht die Ausnahme sein, das ist einfach der Standard bei einer Geschäftsleitung.

\_\_\_\_\_  
Keine weiteren Wortmeldungen.  
\_\_\_\_\_

## Abstimmung

**1. Der Bericht des Gemeinderats zum Postulat vom 15. März 2018, Grüne, betreffend Einführung einer Sozialkommission, wird genehmigt.**

**Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.**

**2. Eine Neubeurteilung des Postulats soll nach der Einführung und Etablierung der Geschäftsleitung stattfinden.**

**Dem Antrag wird mit 20 Ja-Stimmen zu 19 Nein-Stimmen zugestimmt.**

## **8      2018.44      Motion betreffend Tempo 30 Hertensteinstrasse**

Die Motion wurde vor der Sitzung zurückgezogen.

## **9      2018.48      Umfrage**

**Erich Schmid:** Sind euch die Verwaltungsratsentscheide betreffend dem Projekt SIBANO schon bekannt?

**Dieter Martin, Gemeindeammann:** Wie ich gehört habe, haben die Verwaltungsräte sowie die Regionalwerke positiv darüber abgestimmt.

**Lukas Füglistler:** Mir fällt bei den Einwohnerratsunterlagen etwas auf. Das letzte Mal habe ich zwei Dokumente nicht erhalten, und dafür habe ich dieses Mal zwei Dokumente zweimal erhalten. Ich wäre froh, wenn man künftig etwas besser darauf achten könnte.

**Eugen Frunz:** Wir haben die Protokolle der letzten Sitzungen nicht erhalten. Gemäss §24 des Geschäftsreglements des Einwohnerrats wäre es eigentlich so, dass das Protokoll bis zur nächsten Sitzung, spätestens 60 Tage nach der Sitzung zugestellt werden wird. Ich glaube die 60 Tage sind vorbei, aber ein Protokoll haben wir noch keines erhalten. Ich wollte nachfragen, weshalb das so ist.

**Dieter Martin, Gemeindeammann:** Wir hatten personelle Engpässe.

**Christina Keller:** Mir wurde von Romana Hächler gesagt, dass eine Stunde transpirieren ungefähr einen Arbeitstag in Anspruch nimmt.

**Romana Hächler, Gemeindeschreiberin II:** Wir benötigen ungefähr vier bis fünf Stunden pro Stunde, in der ihr im Einwohnerrat redet, zum Schreiben und nachher zum Durchlesen. Somit ist das Schreiben des Protokolls sehr arbeitsaufwendig.

**Christian Keller:** Es ist auch so, dass es ein zusätzlicher Arbeitsschritt ist, wenn man vom Schweizerdeutschen ins Hochdeutsche übersetzen muss. Aus diesem Grund wären wir froh, wenn ihr eure Voten, welche ihr schriftlich vorbereitet habt, jeweils Romana Hächler zustellen könntet, ihr helft ihr dabei, das Protokoll speditiver erstellen zu können.

**Marcel Müller:** Mit einiger Überraschung konnte man in der Zeitung lesen, dass die Planung eines Projekts für ein Asylzentrum bei der Gässliackerstrasse / Mühleweg am Laufen ist. Der Gemeinderat selber war glaube ich auch ziemlich überrascht über dieses Thema. Wie seid ihr

mit dem Kanton im Kontakt, gibt es irgendeinen Zeitplan und haben bereits Sitzungen stattgefunden? Kannst du dazu etwas sagen Dieter Martin?

**Dieter Martin, Gemeindeammann:** Es ist tatsächlich so, wie ihr in der Zeitung es gelesen habt. Die Gemeinde wurde mit der Idee überrascht, dass wir da auserkoren wurden. Wir werden nächste Woche, am 6. Dezember 2018 mit Frau Roth, Regierungsrätin zusammensitzen und uns mal anhören, was hier gemeint ist. Parallel dazu haben wir bereits auch mit dem Gäsliacker gesprochen, denn dort sind auch Entwicklungen im Gange. Wir wissen ja, dass man seit zwei Jahren daran ist, die Idee eines Ärztezentrums umzusetzen. Diese Idee wurde nun weiterentwickelt. Das was wir in der medialen Stellungnahme geschrieben haben, hat schon gewissermassen Hand und Fuss und es ist ja nicht neu, sondern es ist tatsächlich so, dass sich das Gäsliacker bereits schon seit zwei Jahren Gedanken macht wie man die ärztliche Grundversorgung sicherstellen soll.

**Anna Katharina Hess:** Gibt es die KiTa im Markthof noch?

**Walter Vega, Gemeinderat:** Es gibt noch ein paar Überreste der KiTa. Ungefähr vor einem Jahr, musste der Gemeinderat in dieser KiTa gewisse qualitative Mängel feststellen. Ich möchte aber hier betonen, dass es nie um das Kindeswohl ging. Es ging mehr um Pensen, die nicht mehr richtig besetzt waren usw. Aber es reichte bereits aus, um dieser KiTa eine befristete Betriebsbewilligung bis Februar 2018 auszustellen. Die Unterlagen wurden von uns immer wieder eingefordert, das war ein ziemlich komplizierter Prozess, diese Unterlagen wurden uns immer tröpfchenweise zugestellt. Am Schluss ging es dann relativ schnell, Ende Februar 2018, Anfangs März 2018 haben die das Gebäude praktisch fluchtartig verlassen. Seither haben wir von dieser Trägerschaft nichts mehr gehört. Ich gehe auch ab und zu daran vorbei und ich habe gesehen, dass sie es irgendwie vermieten wollen, aber die Möbel befinden sich noch immer in den Räumlichkeiten.

Das Goldliland hat Hand geboten und sie konnten die meisten der Kinder übernehmen, ein paar wenige mussten in die ABB Kinderkrippe wechseln. Selbst der Krippenpool hat nichts mehr von der Trägerschaft gehört.

**Theo Flückiger:** Die Motion Tempo 30 an der Hertensteinstrasse wurde ja zurückgezogen. Das haben wir aufgrund der Ausgangslage, der Begründung auch verstanden. Wir möchten aber nochmals darauf hinweisen, dass wir das ein sehr wichtiges Anliegen finden. Dem Gemeinderat legen wir ans Herz, dass er alles macht, was in der Macht der Gemeinde steht, damit das Anliegen möglichst umgesetzt werden kann.

**Lukas Füglistler:** Wie ist der Stand beim Oederlin? Wie ist der Stand beim Markthof Schild-Ost? Hat man bereits etwas vom Kanton gehört, betreffend der Einsprache der Verkehrsregelung Hertenstein Richtung Ennetbaden?

**Dieter Martin, Gemeindeammann:** Ich habe gesehen, dass die Motion bereits am 1. September geschrieben wurde. Am 11. September nahm der Gemeinderat die Petition entgegen und hat diese an den Kanton weitergeleitet. Dies mit der Anregung, dass es dem Gemeinderat wichtig ist, dass die Anliegen der Anwohnerschaft ernst genommen wird und im geplanten Projekt umgesetzt werden muss. Der Gemeinderat hat nicht gesagt, dass er eine Tempo 30-Zone möchte, sondern dass mit gestalterischen Massnahmen auf das Temporegime Einfluss genommen werden soll. Der Kanton hat auch bereits schon reagiert, er hat das offenbar auch ans Herz genommen. Die zuständige Fachabteilung Bau und Verkehr hat mit den verschiedenen Departementsstellen gesprochen und die werden im Dezember mit uns zusammensitzen und mögliche Massnahmen erörtern, bevor irgendeine Entscheid gefällt wird. Dazu sollen auch Petitionäre eingeladen werden, die ihre Meinung kundtun können.

Beim Thema Markthof konnten wir uns letzte Woche mit den Entwicklungsträger über das weitere Vorgehen einigen. Man ist jetzt daran ein weiteres Programm für den Wettbewerb auszuarbeiten.

Heute Morgen waren wir bei der Firma, die wir beauftragt haben, mit der BDO weiterzumachen. Wir haben einen BDO Entwurf angeschaut und hatten den Eindruck, dass wir auf einem guten Weg sind. Wir werden spätestens im Januar 2019 einen BDO Entwurf vorlegen können. Bezüglich Hertenstein haben wir unsere Eingabe gemacht, leider haben wir vom Kanton noch keine Antwort erhalten.

**Markus Renggli:** Es geht um die versprochene Informationsveranstaltung für die Bevölkerung vom Tromsberg, die noch immer nicht stattgefunden hat, vermutlich ist das jetzt für Jahrzehnte im Protokoll. Offenbar gibt es im Tromsberg einen gewissen Unmut, in Bezug auf verschiedene Handhabungen von Baugesuchen und Auslegung von Verordnungen in Bezug auf den Ortsbildschutz. Es wird auf der Verwaltung vermutlich mit verschiedenen Kellen gemässen. Die einen erhalten das, was den anderen nicht bewilligt wurde. Ich finde, dass das nicht geht und man dem nachgehen muss.

**Aline Schaich, Gemeinderätin:** Ich möchte noch gerne die beiden offenen Fragen der letzten Sitzung beantworten. Ja, das Baugesuch wurde mit der ausgeführten Dachdeckung bewilligt. Das Baugesuch wurde mehrmals und intensiv, sowohl von den Fachleuten der Ortsbildkommission, als auch der Baukommission geprüft und wurde mit verschiedenen Änderungen bzw. nach Streichung einzelner Elemente bewilligt. Alle baurechtlichen Auflagen und Vorgaben wurden erfüllt. Aus Sicht der Ortsbildkommission und der Baukommission wurden die Vorgaben der Ausführungsbestimmungen Tromsberg (zurückhaltende Material- und Farbwahl) erfüllt. Ich kann nichts dazu sagen was früher vor X Jahren bewilligt wurde und was nicht, hier müssten konkrete Dinge geprüft werden.

Die zweite Frage kam von Daniela Graubner, betreffend der Bepflanzung beim Kindergarten Talacker. Am 15. Oktober 2018 fand mit Florian Bischoff, Erwin van Bouwelen, Claudia Zehnder und mir eine Begehung vor Ort statt. Die Bepflanzung war zu diesem Zeitpunkt aufgrund der Wetterverhältnisse noch nicht fertig, diese konnte aber am 20. November 2018 vorgenommen werden. Es wurden genau die acht Sträucher, die geplant und bewilligt wurden, gesetzt. Somit wurde der Biodiversität Rechnung getragen. Für die Pergola, die überwachsen werden soll, wurden ebenfalls am 20. November 2018 zwei Clematis gesetzt. Auch die Anpassung des Terrains an das Niveau der Garageneinfahrt, welche aus Sicherheitsgründen für die Sicht bei der Ausfahrt nötig ist, wurde in Augenschein genommen und besprochen. Diese wurde bewilligt. Der vorhandene Platz ist trotz des Terrainabfalls ausreichend, auch aus der Sicherheitsperspektive im Zusammenhang mit der neuen Schaukel.

**Dieter Martin, Gemeindeammann:** Ich habe noch etwas zum Postulat Tromsberg. Wie ihr wisst und auch gelesen habt, haben wir grosse Umbrüche in der Abteilung Bau und Planung. Wir konnten diese Woche einen neuen Leiter für die Abteilung Bau und Planung auserkoren und wir werden versuchen im Laufe des ersten Halbjahres 2019 diese Informationsveranstaltung auf die Beine zu stellen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch noch erwähnen, dass wir auch bei der Ortsbildkommission eine Änderung herbeigeführt haben. Die bisherige Ortsbildkommission gibt es nicht mehr, die wurde aufgelöst. Wir werden ein neues Pflichtheft erstellen, so dass wir gegenüber der Bauherrschaften auch wieder gesellschaftstauglich sind. Wir hoffen, dass wir eine neue Ortsbildkommission schaffen können, die besseren Zugang zu den Bauherrschaften hat. Die bisherigen Mitglieder der Ortsbildkommission waren hervorragende Architekten, das war nicht das Problem, aber es gab vor allem zwischenmenschliche Probleme mit den Bauherrschaften.

**Christian Keller:** Ich wollte eigentlich zum Schluss noch fragen, ob das Gerücht stimmt, dass die Ortsbildkommission aufgelöst wird. Ich bin mir nicht ganz sicher ob ich dich richtig verstanden habe, wird die Kommission abgeschafft, oder wird sie aufgelöst und neu gebildet?

**Dieter Martin, Gemeindeammann:** Sie wird neu gebildet.

**Christian Keller:** Ich schliesse die Sitzung um 22.45 Uhr. Wir treffen wir uns nach der Sitzung im Restaurant Hirschen. Ich wünsche allen einen guten Heimweg und denen die ich nicht mehr sehe schöne Festtage.

Der Präsident:

Christian Keller

Die Protokollführerin:

Romana Hächler